

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Expedition, Neua Schenkerstr. 14,
und durch Subskription zu beziehen.
Preis vierteljährlich 2.50,
pro Woche 30 Pf.
Durch die Post bezogen 2.75.
Jahrespreis 10.00.
Im Einzelnen 1.50.
Der Preis des Einzelhefts 25 Pf.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Expedition
Neua Schenkerstr. 14
Breslau
Telephon 1204

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1204.

Nr. 202.

Breslau, Dienstag, den 30. August 1910.

21. Jahrgang.

Die Kaiserrede und ihre Folgen.

Der Kaiser redet, die Staatspapiere fallen. Die Schranken räumen sich verlegen, die Karikaturisten spizen ihre Stifte und die bürgerliche Presse ringt verzweifelt die Hände. Der Kaiser redet wieder!

Ja, warum soll denn der Kaiser nicht reden? Tausende von Journalisten, Parlamentariern, Versammlungsredner tun desgleichen! Am Stammtisch schüttet jeder Gast sein Herz aus und der Maurer auf dem Bau schreit sich auch nicht offen aus, was er über diese ganze verbrochene Reichsnotwendigkeit denkt. Warum soll also gerade Wilhelm von Hohenzollern nicht tun dürfen, was jeder andere Wilhelm, Karl oder Friedrich im großen Deutschen Reich tun darf? Das ist die Frage!

Die Sozialdemokratie hat niemals den Standpunkt jener bürgerlichen Politiker geteilt, die sich einbilden, im Deutschen Reich sei schon alles gut und in Ordnung, wenn bloß der Kaiser keine Reden hält. Wäre der beste konstitutionelle Monarch der, der am wenigsten spricht, dann wäre der frühere türkische Sultan Abdu Hamid das Muster eines konstitutionellen Monarchen gewesen. Gewisse bürgerliche Politiker scheinen kein höheres Ziel zu haben, als einen Absolutismus, der auf Filzpanzern schleicht. Uns ist der Absolutismus, der in sporenklirrenden Kürassierschreit auftritt, lieber, denn da weiß man wenigstens, woran man ist.

Und das ist der große Gewinn der Rede vom 25. August. Man weiß wieder, woran man ist. Der letzte Schwindel Bülowscher Staatsmannskunst ist zusammengebrochen. Die ganze Politik des Fürsten Bülow ging dahin, nicht die deutschen Verfassungszustände oder auch nur die Ansichten und Regierungsmethoden Wilhelm II. zu reformieren, sondern nur das äußere Verhalten des Monarchen so zu ändern, daß das Volk über dessen Persönlichkeit möglichst im Dunkel bleiben sollte. Schon als Staatssekretär des Auswärtigen übte er sich im Totschweigen und Fälschen von Kaisertelegrammen und Kaiserreden. Als Reichskanzler setzte er dann das Vertuschungsgewandwerk mit der ihm eigenen schauspielerschen Grazie weiter fort. Galt gar nichts anderes mehr, denn wurde Herr Bassermann im Reichstage losgelassen, um den Redeeifer des Kaisers zu dämpfen. Schließlich erklimmte die Bülowpolitik ihren Gipfel bei der Jubelentzündung des Novembersturms und in jener historischen Unterredung vom 17. November, über deren wirklichen Verlauf man wohl erst in späterer Zeit etwas erfahren wird. Das Resultat aber ist bekannt, es liegt in jener „Zurückhaltung“ des Kaisers, die ihm nach den Versicherungen der bürgerlichen Presse das deutsche Volk so sehr „gedankt“ haben soll, und die am 25. August beim Brunnmahl im Königsberger Moskowitzersaale mit Knall und Schall ein Ende fand. Und jetzt soll nach dem Zeugnis derselben bürgerlichen Presse eine „Hoffnung des Volkes zerstört“ worden sein.

Nein! Nicht die Hoffnung des Volkes ist zerstört worden, sondern die Hoffnung gewisser Leute, das Volk über die wirklich herrschenden Zustände täuschen zu können, über Zustände, die sehr unheilvoll und sehr gefährlich sind, die aber längst geändert sein könnten, wenn die bürgerlichen Reichstagsabgeordneten Männer wären. Bloß um der Feigheit und Schwäche dieser Leute zu dienen, sucht man zu verdecken und zu verstecken, was wirklich ist.

Wirklich stehen aber die Dinge so, daß im Interesse des Reiches eine Verschiebung der verfassungsmäßigen Machtbefugnisse im Sinne eines demokratischen Parlamentarismus unerlässlich geworden ist. Die Monarchie ist im Widerspruch mit ihrem eigenen Prinzip geraten, und an den obersten Reichsstellen herrscht eine Verwirrung, die zu Katastrophen führen muß, wenn nicht rechtzeitig Ordnung geschaffen wird. Die Sozialdemokratie will Ordnung schaffen, sie ist heute die einzige wirkliche Ordnungspartei im Deutschen Reich.

Die Sozialdemokratie verlangt, daß die Reichsgeschäfte von einem Reichsministerium geführt werden sollen, das dem Reichstag voll verantwortlich ist. Sie verlangt damit nichts weiter, als daß die Regierungsform eingeführt wird, die in allen europäischen Staaten, Rußland und Preußen-Deutschland ausgenommen, besteht und die sich als die einzig mögliche in einem modernen zivilisierten Staat erwiesen hat. Die Volksvertretung muß den Abschluß des Reichskanzlers erzwingen, wenn sie mit der Reichspolitik unzufrieden ist. Sie kann das jetzt schon, indem sie sich in ihrer Mehrheit weigert, mit ihm zusammenzuarbeiten und jene Gesetze zu genehmigen, die er zum Regieren braucht. Sie kann ihre Machtstellung gegenüber dem Reichskanzler auch befestigen, indem sie sich durch Aenderung ihrer Geschäftsordnung ein Recht zuspricht, das jedes ernste Parlament der Welt hat, das Recht nämlich, durch Abstimmung über eine Resolution der Regierung das Vertrauen zu gewähren oder zu entziehen. Die Folge wird sein, daß kein Reichskanzler am Ruder bleiben kann, der das Vertrauen der Volksvertretung verloren hat, und daß kein Kanzler wider seinen Willen entlassen werden kann, solange er das Vertrauen der Volksvertretung besitzt.

Parlament, das keinen Minister stürzen kann, kann auch keinen halten. Ganz anders als irgend ein beliebiger Bethmann-Hollweg könnte ein Mann gegenüber Wilhelm II. auftreten, dem ein starkes Parlament den Rücken deckt.

Welche Pfscharbeit die bürgerlichen Parteien im November 1908 und den folgenden Monaten geleistet haben, sieht man schon daraus, daß nach dem Skandal von damals eine Krise wie die gegenwärtige doch wieder möglich werden konnte. Was ist denn aus dem Ministerverantwortlichkeitsgesetz geworden, das damals gefordert worden ist? Es ist verscharrt, und kein Hahn kräht mehr darnach. Selbst die dringend notwendige Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstags, zu der keinerlei Zustimmung des Bundesrats notwendig ist, endete mit einem kläglichen Fiasko, weil die bürgerlichen Parteien, statt im Interesse des Volkes und der Reichssicherheit miteinander zu arbeiten, in der widerwärtigsten Weise gegeneinander intrigierten, um nichts zustande kommen zu lassen.

Nachdem dann Bülow entlassen, „der Kerl hinausgeworfen war“, lag infolgedessen das Schicksal des Reiches ganz in der Hand des Kaisers, der sich für „das auserwählte Instrument des Himmels“ hält, und das Ende hieß — Bethmann-Hollweg. Die Regierung dieses Bethmann-Hollweg ist aber ein Geschenk des Himmels, von dem das ganze deutsche Volk nichts wissen will. Es hat noch keinen Kanzler in Deutschland gegeben, dem das Volk gründlicher mißtraut hätte, als diesem traurigen Mann der gottgewollten Abhängigkeit. Und wenn er geht, was dann? Dann wird sich Wilhelm II., „ohne Rücksicht auf Tagesansichten und Meinungen“, unbekümmert um „Parlamente, Volksversammlungen und Volksbeschlüsse“ einen anderen suchen. Denn als auserwähltes Instrument des Herrn muß ja der Kaiser den Richtigen finden.

Wie lange kann das nun so weiter gehen? O, vielleicht noch recht lange! Große Staaten sind ja wie gut eingeführte Geschäfte; das Werk geht mechanisch seinen Gang weiter, ohne daß man merkt, daß im Hauptmotor etwas nicht in Ordnung ist. Kommt aber dann eine Zeit der Erschütterung, der Entscheidung, dann ist auf einmal die Katastrophe da! Und darum wird dem Reichstag, dessen sofortige Einberufung zu fordern ist, noch einmal ganz energisch zugemutet gefordert werden müssen, welche furchtbare Verantwortung er auf sich nimmt, wenn er es abermals unterläßt, im Betrieb der deutschen Reichspolitik europäische Geschäftsregeln einzuführen.

Statt auf den Kaiser loszuschlagen, der nun ist, was er ist, sollten die bürgerlichen Politiker ihre ganze Energie und Aufmerksamkeit auf diesen Punkt konzentrieren. Das Deutsche Reich braucht Männer, die zu handeln verstehen, dann braucht es nicht zu erschrecken, wenn der Kaiser redet.

Keine Entmündigung des Königs.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt:

Die Uebereinstimmung von Liberalismus und Demokratie kann nicht überraschen, denn der gesamte Völkervertrag ist das Dogma der Volkssouveränität geworden. Während König Wilhelm II. an der konservativen Auffassung festhält, daß den Königen von Preußen die Krone „von Gottes Gnaden allein verliehen sei und nicht von Parlamenten, Volksversammlungen und Volksbeschlüssen“. Zwischen diesen veralteten Dogmen ist kein Ausgleich möglich. Auch die Verfassung hat sie nicht gebracht. Es ist darum Spießfedelerei, wenn liberale und demokratische Zeitungen sich auf die Verfassung berufen, als habe die Verfassung, indem sie das Volk mündig sprach, den König entmündigt.

Es ist schwer zu begreifen, wieso die „Kreuzzeitung“ dazu kommt, von Entmündigung zu reden, einem Begriff, der dem Staatsrecht völlig fremd und dem bürgerlichen Gesetzbuch entlehnt ist. Entmündigt ist juristisch ein einziger Monarch in Europa, der unglückliche König Otto von Bayern, da nur Geistesranke, Verschwenber und Trunksüchtige entmündigt werden können. Mit diesen Geistesranke, Verschwenbern und Trunksüchtigen stellt aber die loyale monarchische „Kreuzzeitung“ — alle konstitutionell regierenden Monarchen Europas auf eine Stufe! Und zugleich versucht sie, Wilhelm II. zu erregen, indem sie ihn auf den Gedanken zu bringen sucht, die „Liberalen und Demokraten“ wollten ihn „entmündigen“.

Das ist ein schamloses und gewissenloses Spiel! Mündigkeitserklärungen oder Entmündigungen sind überhaupt keine Frage der Politik, sondern des Zivilrechts und gehen uns hier überhaupt gar nichts an. Außerhalb der „Kreuzzeitung“ redet kein Mensch von Entmündigung, denkt kein Politiker daran, „die Entmündigung des Königs“ zu verlangen. Die „Kreuzzeitung“ muß doch das Gefühl haben, daß es um ihre Sache recht schlecht bestellt sei, wenn sie nichts Besseres zu tun weiß, als mit solchen geschmacklosen und verwirrenden Redensarten um sich zu werfen, die obendrein noch eine starke Beleidigung ausländischer Monarchen in sich enthalten. Ines sind wir ja nicht

sondern müssen es ihnen überlassen, selber her „Kreuzzeitung“, falls sie es für nötig halten, auseinanderzusetzen, daß sie weder verrückt, noch betrunken sind.

Das Volk gegen den Kaiser!

Mit der gegen das Volk gerichteten Kaiserrede werden sich die Breslauer Arbeiter in einer öffentlichen Kundgebung beschäftigen, die Donnerstag Abend 8 Uhr im Saal und Garten des Gewerkschaftshauses stattfinden wird. Es gilt, dem Kaiser zu zeigen, wie schlecht er beraten ist, wenn er glaubt, dauernd gegen das Volk regieren zu können; Näheres wird noch bekannt gegeben.

Politische Ueberflut.

Dem Blutzaren zum Gruß!

Das anmutige Frage- und Antwortspiel: „Wann kommt der Zar?“, mit dem sich seit Wochen die bürgerliche Presse angelegenlich beschäftigt, hat nun sein Ende erreicht. Wenn nicht plötzlich andere Dispositionen getroffen werden (oder wenig die jetzigen Nachrichten nicht zur abschließlichen Freiführung der Publikation in die Welt gesetzt sind), trifft der Zar heute in Köln ein, um auf Schloss Friedberg Wohnung zu nehmen. Alle Vorbereitungen und Schutzmaßregeln sind bereits getroffen, und außer einem Heer von deutschen und russischen Polizeikommissaren und Spionen und deutschen Gendarmen- und Militärabteilungen, sind auch schon Polizeihunde nach Friedberg geschickt, um die letzte Leibe des Blutzaren zu sichern und die eine „kolibriartige“ Umgebung zu sorgen.

Der jetzige Zarenbesuch in Deutschland ist der erste längere Besuch des Nikolaus II. nach der Revolution im Auslande unternommen. Sowohl die vorjährige Englandsreise des Zaren, wie sein Zusammenreffen mit dem italienischen König in Nacco, sind, trugen, obwohl sie politisch weit bedeutsamer waren, einen flüchtigen, vorübergehenden Charakter. Auch das „freundnachbarliche“ Zusammenreffen Nikolaus II. mit Wilhelm II. in Kiel diente nur dem Zweck, den deutschen Kaiser zu begrüßen und die „traditionellen“ Freundschaftsbände, die die russische und preußisch-deutsche Reaktion aneinander fetten, zu festigen. Dann trug die Zarenjacht — das Festschiff Europas — den Zaren weiter an die Küsten Frankreichs und Englands, damit in strenger Abgeschlossenheit ein neues politisches Kartenspiel — auch gegen Deutschland — eingeleitet werde. Es jetzt waag der Zar, einen längeren Aufenthalt in einem europäischen Kulturstaat zu nehmen, und es ist höchst bezeichnend und tief beschämend für die politischen Zustände in Deutschland, daß der Zar, trotz der bestehenden Spannung zwischen der deutschen und russischen Politik, gerade den deutschen Boden mit seiner Anwesenheit zu besudeln mag. Er weiß, daß den Gefühlen des Volkes in Deutschland die Rechnung getragen wird, und daß seine Anwesenheit der deutschen Junkerkaste nur willkommen ist. Er weiß auch, daß nirgends das Geld der Steuerzahler in so ausgiebigem Maße wie in Deutschland zu seinem Zwecke verwendet werden wird, und daß keine Polizei so eifrig seine Spuren bewachen wird, wie die vom Spitzelgeneral Garing erregene deutsche Polizei.

Die hygienische Presse ist schon seit Wochen bemüht, für den Zarenbesuch in Deutschland Stimmung zu machen. Derselben Organe, die in letzter Zeit bemüht waren, eine Arielegese gegen Rußland einzuleiten, um eine Waßparole für die deutsche Regierung zu sichern, saßen nun von den „Pflichten internationaler Höflichkeit“, die auch die sozialdemokratische Presse während des Zarenbesuchs beachten möge. Diese Umschmelzung höchst bezeichnend für jene Kreise, die sich als Vertreter der öffentlichen Meinung des deutschen Volkes aufstellen. Das deutsche Volk hat keine Verantwortung, diesen Stimmen Gehör zu schenken. Mit dem größten Nachdruck und in der schärfsten Weise protestiert es dagegen, daß dem größten Verbrecher der Feindschaft in Deutschland Gastfreundschaft erwiesen wird.

Der Zar kommt zu uns, beladet mit der Weltkarte seiner Schergen, verfolgt von den Filialen und dem Laß der Wölfe, die unter seinem Segel stehen. 3000 Stingerlästler, 6000 zum Tode Verurteilte, 75.000 Verbannte, 200.000 Gefangene, darunter 20.000 Katorgangefangene, mit dieser Blutzucht erscheint der Zar vor dem deutschen Volk. Ein verrottetes Land, in dem die Cholera und die Pest täglich Tausende von Opfern fordern, eine diebstahlverherrlichende Regierung, die dem Volke die Haut über die Ohren zieht, eine Karikatur auf ein Parlament, die die Todesstrafe und die Willkürherrschaft gutheißt, völlige Willkürherrschaft der jüdischen Seiten des Absolutismus, unheilvolle Entfaltung der argsten Leidenschaften des Volkes, Verfolgung der Fremdvölker, Mißachtung aller freizeittlichen Bestrebungen des Volkes — das sind die Früchte der Politik, die Nikolaus II. an der Spitze seines Heeres, umgeben von

Und zu all dem kommt das Verbrechen gegen Finnland, dessen Freiheit und Selbständigkeit auch dieser Jar beschoren; die Vernichtung der Existenz eines ganzen Volkes, das vor den Vernichtern des Darenreiches, nur äußerlich mit ihm verbunden, die Autorität und den Fortschritt verlor.

Es ist vollkommen begreiflich, wenn die junkerliche und ein großer Teil der bürgerlichen Presse der Zukunft des Jaren ehrsüchtig entgegensteht. Der Kampf doch der Jar den Reichthümern „Selben“, der den Drogen Revolution mit eiserner Hand niedergerungen; in ihm den deutlichen, verbliebenen Träger der russischen Krone, der die Gegensätze der europäischen Politik ausnützt, um seine parasitäre Existenz fortzuführen, steht die bürgerliche Welt, — auch wenn sie sich zuweilen in deutscher Weise gegen die blutigen Ausschreitungen seiner Untergebenen ausspricht, den Schalter des „Friedens“ und der „Ordnung“, den Gott, an dem die revolutionäre Sturmflut, die das kapitalistische Europa bedroht, verschleudert. Trotz aller Wechselläufe der ausländischen Politik und des Söldnerkriegs der alldeutschen und der panlawischen Expansionen, sieht sich das Kreuzen-Fürstentum bedrückende Junterregiment innig verknüpft mit dem Regiment der blutigen Jaren. Umfomehr hat die deutsche Arbeiterklasse Veranlassung, dieser Pestbeule Europas ihren Protest entgegenzusetzen und sich solidarisch zu erklären mit dem revolutionären Proletariat Russlands, das mit ungeborenen Mut gegen die Schreckensherrschaft des Jarenismus ankämpft.

Gegen den Jaren

beantragen die Genossen von Ostbavland beim Magdeburger Parteitag folgendes:

1. Der Parteitag wolle gegen die infame Vergeismung Finnlands durch den Jarenismus protestieren; dem um seine Freiheit und sein Recht kämpfenden finnischen Volke seine brüderliche Sympathie ausdrücken und ihm für diesen Kampf die opferbereite Unterstützung durch das Klassenbewußte deutsche Proletariat zusichern.
2. Der Parteitag möge auf schärfste dagegen protestieren, daß der russische Jar, der Mitschuldige an allen Gräueln und Infamien der Gegenrevolution, der Auftragsgeber und Schirmherr der Agenten, Gering und sonstigen Hochverräther, der Mitverantwortliche auch der neuen niederdrückenden Judenverfolgungen, das Haupt jener verbrecherischen Verschwörung gegen die finnische Freiheit und Selbständigkeit als gefeierter Gaf den deutschen Völkern hat betreten dürfen, und daß deutsche Beamte und Soldaten zum Schutze des gekrönten Verbrechens Kommandiert, die Steuergroschen deutscher Steuerzahler für ihn verschleudert werden konnten und damit die Ehre des deutschen Volkes, das in seiner überwiegenden Mehrheit diesen „Gaf“ verabscheut, tief herabgewürdigt worden ist.

Ein Wahlblock gegen die Sozialdemokratie.

Wie ein schlechter Scherz liest sich das, was die „Nationalzeitung“ von einem dem Bundesrat nahestehenden Herrn gehört haben will über die Absichten des Reichskanzlers, einen Wahlblock gegen die Sozialdemokratie zu gründen. Dieser Herr hat der „Nationalzeitung“ folgendes erzählt:

„Mit zunehmender Spannung verfolgt man in Regierungskreisen die außerordentlichen Erfolge der Sozialdemokratie bei den Nachwahlen zum Reichstage. Die sozialdemokratische Flut hat sich als viel stärker erwiesen, als irgend jemand voraussehen konnte. Eine berartige lächerliche Reize von Erfolgen steht ohne Beispiel da. Das tiefste Ansehen der sozialdemokratischen Stimmen betrachtet man als eine nicht geringe Gefahr für die innere Politik des Reiches und Preussens. Daher ist nicht zu erwarten, daß der Reichskanzler angesichts dieser ersten Lage sich nur damit begnügen wird, den bürgerlichen Parteien ein gemeinsames Vorgehen gegen den Umsturz zu empfehlen, sondern man darf annehmen, daß der leitende Staatsmann einen antisozialdemokratischen Wahlblock zu schaffen beabsichtigt, dessen Wahlform der „Kampf gegen den Umsturz“ sein wird. In diesem Block aller bürgerlichen Parteien sollten erst alle trennenden politischen und religiösen Fragen (?)

zurückgestellt werden; eine einzige Aufgabe dürfte darin bestehen, einen Damm gegen die sozialdemokratische Ueberflutung zu bilden. Der Reichskanzler empfängt in Dohmsheim nur selten Besuch. Auch die meisten preussischen Minister und Mitglieder des Bundesrats sind auf Urlaub. Trotzdem hat eine Fühlungsnahme der leitenden Männer angesichts der bedauerlichen Erfolge der Sozialdemokratie stattgefunden, als deren Resultat die drabstichtliche Aktion des Reichstages ihren Anfang nehmen wird. Man rechnet auf die Mitwirkung aller bürgerlichen Parteien, um ein Schutz- und Trutzbündnis zur Expulsion des Jarenismus bei den Reichstagswahlen zu schaffen.“

Selbst der „Nationalzeitung“, die doch mit allen Fasern ihres Herzens eine Aufmunterung der Regierung an die Nationalliberalen herbeischiebt, erscheint diese Erzählung unwahrscheinlich. Sie glaubt, daß „nur dann ein Umschwung der unheilvollen Volksstimmung zu erhoffen ist, wenn Bethmann-Hollweg sich nicht als „Gefangener der konservativen Mehrheit betrachtet, sondern allen ihren Einküsstlungen zum Trotz einen Kurs einhält, der auch dem im Volke immer mehr erstarrenden Liberalismus Rechnung trägt.“

Der Kanzler befindet sich da auf einem ganz anderen Wege als Wilhelm II., der ohne es zu wollen, zur Zeit einen Block für die Sozialdemokratie schafft: Noch eine solche Kaiserrede und wir brauchen bei den kommenden Wahlen keinen Finger krumm zu machen. Die Mandate fallen uns dann von selbst in den Schoß.

Der Freisinn will sich rein waschen. Der Antisemit Lattmann hat den Versuch unternommen, in einer Broschüre die Wahrheit über die Reichsfinanzreform der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Nun sind ja bekanntlich Wahrheit und Antisemitismus Begriffe, die sich gegenseitig ausschließen. So ziemlich von allen Seiten, die an dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform nicht beteiligt waren, wird auch gegen das Werk des Antisemiten protestiert. Am meisten verletzt scheinen sich die Freisinnigen zu fühlen, weil der Abg. Lattmann behauptet, daß alle bürgerlichen Parteien darin einig waren, daß von den neuen 500 Millionen Mark Steuern, 100 Millionen Mark dem Reich und 400 Millionen Mark dem Massenverbrauch aufgelegt werden müßten. Die „Freisinnige Zeitung“ macht nun den Versuch, zu bestreiten, daß die Freisinnigen derselben Meinung gewesen seien. Tatsächlich haben sich aber die Freisinnigen grundsätzlich bereit erklärt, neue indirekte Steuern zu bewilligen und es ist an sich völlig belanglos, ob sie diese indirekten Steuern nun gerade mit 400 oder 350 Millionen Mark begrenzt wissen wollten. Ganz speziell haben die Freisinnigen sehr eifrig mitgearbeitet an der Tabaksteuer, an der Branntweinsteuer und an der Biersteuer. Sie sind nicht einmal für die sofortige Beseitigung der Liebesgabe zu haben gewesen. Wenn also jetzt die Freisinnigen angesichts der kommenden Wahlen die Sache so hinstellen wollen, als ob sie Gegner indirekter Steuern gewesen seien, so muß diese Verlogenheit denn doch an der Hand der oben erwähnten Tatsache einwandfrei gezeigt werden. Daß der zum Fortschritt geneigte Freisinn den kommenden Wahlen mit sehr gemischten Gefühlen entgegensteht, ist zu verstehen. Daraus erklärt es sich auch, daß man die Haltung des Freisinns zu der Steuerreform in ein anderes Licht zu stellen sich bemüht. Daß diese Irreführung der Wählermassen nicht gelingt, das wird Sorge der sozialdemokratischen Aufklärungsarbeit sein müssen. Namentlich in Niederschlesien werden unsere Genossen auf dem Posten sein müssen!

Eine Erinnerung. Die „Vollzeit.“ schreibt: „Es ist vielleicht nicht unzeitgemäß, angesichts der Restorationsrede des Kronprinzen in Königsberg, die von den Alldeutschen und Antisemiten in ihrem Sinne ausgebeutet wird, an eine Rede zu erinnern, die gleichfalls in Königsberg und ebenfalls von einem Kronprinzen — von Friedrich Wilhelm, dem späteren Kaiser Friedrich und Großvater des jetzigen Thron-

folgers — am 5. Juni 1885, also fast genau vor 20 Jahren, an die studierende Jugend gerichtet wurde. In dieser Rede, deren unmittelbaren Eindruck auf die jungen Stunden unvergesslich tief war und die auch in der Dessenlichkeit damals in ihrer vollen Bedeutung gewürdigt wurde, wandte sich Kronprinz Friedrich Wilhelm, gleichfalls Rector magnificientissimus der Albertusuniversität, gegen den Chauvinismus und die „chauvinistischen Querköpfe“. In der Rede des späteren Kaisers Friedrich hieß es wörtlich:

„Die Gefahren fremder Art und fremden Wesens für das geistige Vaterland haben wir, wie mir scheint, für unser, so Gott will, immer mehr erstarrendes Staatswesen nicht zu fürchten. Schwierig dürfen wir mit berechtigtem Stolz uns dessen abhüten, was unser Volk unter der glorievollen Führung seines Kaisers geleistet. Aber sorgen wir dafür, daß jede Ueberhebung uns fern bleibe. Eine solche ist undeutsch, und für ihre Betätigung in dem Tone und Sinne, den wir bei anderen Nationen oft bitter getadelt, steht uns sogar der Ausbruch, den wir erst einer fremden Sprache entlehnen.“

Inzwischen hat der von der herrschenden Reaktion als „Naatserkaltende“ Element gepflegte Chauvinismus es gelernt, sich zu blähen und die Waden vollzunehmen.“

Russisches in Deutschland. Heute Nachmittag trifft das russische Kaiserpaar in der zu einer Festung umgewandelten Burg in Friedberg ein. Wie die bürgerliche Presse erfährt, wird die Bahnlinie von Eyndikhoven an der russischen Grenze, bis nach Friedberg, von Polizei, Gendarmen und sonstigen Sicherheitsbeamten in der schärfsten Weise überwacht werden. Vielleicht entschließt man sich noch, wie das in Russland gebräuchlich ist, längs der ganzen Bahnstrecke ein militärisches Spalier zu ziehen, wie dies ja auch geschehen ist, als der russische Kaiser im vorigen Jahre von Nordbiskopsdal passierte. Zwar wird sonst immer behauptet, daß die zweijährige Dienstzeit beim Militär zu kurz sei, zu solchen Zwecken hat man in Deutschland stets Soldaten zur Verfügung.

Gegen die Fleischsteuerung.

In Köln nahmen zwei Versammlungen der Ochsen- und Schweinemetzger-Genossenschaften zu der Viehsteuerung. In scharfer Weise wurde die agrarische Behauptung zurückgewiesen, daß genügend Vieh für den Bedarf des Volks vorhanden sei. In den angenommenen Resolutionen wird daher auch die Verlangung der Grenzen verlangt. Am Schutze gegen die Einschleppung von Viebschäden wurde vorgeschlagen, daß das Vieh aus dem Inlande in pommerischen Wagen direkt in die Schächterei des Inlandes gebracht werde. Die Versammlungen beschloßen gleichzeitig, das Markamarkensystem zu beseitigen.

Amisvorkesher und Konservativer Agitation. Die letzten kürzlich die Veruche des Amisvorkesher v. Stünzner-Farbe auf Eisenbahn, der gleichzeitig der Leiter der konservativen Partei im Wahlkreis Frankfurt-Leubus ist, mit, die dahin gingen, den Sozialdemokraten das Eindringen in die ländlichen Bezirke durch Verbindung ihrer Versammlungen unmöglich zu machen. Selbst konservativ und sehr „Naatserkaltende“ Organe konnten sich mit der läppischen Verfahrnisse Amisvorkesher nicht befassen. Aber alle diese Zurückweisungen scheitern bei dem Herrn v. Stünzner auf unerschütterlichen Boden gefaßt zu sein. Im Korn darüber, daß die Versammlung, die er verhindern wollte, dennoch stattgefunden, hat er jetzt ein neues juristisches Kunststück zur Anwendung gebracht. Er sandte allen Versammlungsteilnehmern, die dem überwachten Genannten bekannt waren, ein Strafmandat in Höhe von 10 Mk. oder 3 Tagen Haft, weil sie „unbefugter Weise den Weg des Bauerngutbesitzers Hähnch zu betreten haben“. Dieser Weg ist der einzige, der zum Hause des Genossen führte, bei dem die Versammlung stattfand. Die Hälfte des Weges gebührt aber einem Sägewerksbesitzer, von dem Genosse Schöpe Hans und Grundstück gemietet hat. Dieser Weg muß also für die Besucher des Schöpfeschen Hauses auch ohne besondere Erlaubnis des Gutbesitzers Hähnch benutzbar sein.

Gegen dieses unerhörte Vorgehen des Amisvorkesher gegen ein halbes Hundert Versammlungsteilnehmer wird natürlich richterlich Entscheidung angerufen werden, und dann dürfte der Mann mit seinem Veruche, die Versammlungsfreiheit auf Grund des Selbst- und Fortpolizeigesetzes zu vernichten, ebenso abfallen, wie mit seinem kindischen Veruche, das Vereinsgesetz hierzu zu mißbrauchen.

Ein merkwürdiger Fall. Gegen den früheren Gemeindebeamten Weinel zu Brunnhöra i. B. schreibt auf Antrag des dortigen Gemeinderats ein Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft Mauen. Die Staatsanwaltschaft hat dem Gemeinderat mitgeteilt,

Roland von Berlin.

Roman von Wilhelm Meißner (H. Gering.)

184!
Vor denen tütten zwei, der eine war Rark Ruffman, ist der Knoschenhauer Altmeyer, und neben ihm ein Ritter, den keiner kannte in einem silbernen Harnisch und mit geschlossenem Helm. Auf dem Rücken lag ihm eine Panzerhaube, und auf dem Helm hatte er einen goldenen Hahn. Sein Ross war arabische Rasse, als man unter dem reichen Wappenstein sehen konnte. Aber halb sah man nichts mehr von ihnen, denn sie sprangen unter die Felde, wie das Paradeier, das sich in eine Heide wirft. Es ist mitten drinnen und man sieht nur das Drängen und den Staub und hört das Schreien. Quersig trug der Ritter das Banner der Knoschenhauer hoch über den Schultern, daß alle es sahen. Als sie nun aber an die Felde kamen, schwebte er es einem andern zu und mit eingeleiteter Lanze fuhr er unter sie, und laun einen Schritt hinter ihm her lag der Rark Ruffman. Und sie trafen auf keine schlechte Leute. Aber ob's auch die besten waren, sie wußten ihnen doch Platz machen. Und das half. Die waren frisch und die um den Hahn strack und den Hahn hoch waren schon weit.
Es waren die besten Ritter, Otto und Gerhard Schille, sein Bernhard Wessow, der rote Hans Rüdiger, und Felix Rerlowe. Der Heinrich Oden, Hans Webe, und Heinrich Borte, die drei, die immer Kampagne hatten und im Krieg in einem Felde schloßen. Seine von Schlachtendorf, Gdhe von Rebern, Felix Hantenburg, der Reine; auch ein Hibernstein und ein Rachen.
Da war Rark Ruffman, Dietrich Carpsow, Heinrich von Rarky und Ballhauer von Schenkenhof. Die wußten alle leicht machen; so prallten die Knoschenhauer an und die hinter ihnen sein. Es war eine Jagd, und der Staub wühlte hoch wie der Berg. Das gab der Ausschlag für die Schilde. Die gabten Hähne liegen sich nun nicht mehr treiben; sie trieben selber, und der Harnisch schlug wie toll um sich. Seine Leute aber die machten sich das an die Felde gehen und Luten, und da wurden drei große Haufen von Hähnen, Schanden, Schelting und Wasen aufgetan. Das veranlaßte sie, und kümmerte sie wenig mehr, daß es heißen und Berg noch hoch berging.
Als sie am Berg kamen, hatten die Ritter leicht gemacht, und da die Knoschenhauer nun sahen, wieviel ihrer waren, und wie wenig sie, da die andern zurückgeblieben, da machten sie auch leicht. Und im Stand hatten sie nicht gesehen, daß ihre Harnische nicht bei ihnen waren. Die Kupferhähne waren weg und sie nun und wußten nicht mehr, daß sie verloren hatten.

ob sie doch nicht anders taten als die andern, und hatten sich bis da wacker ran gehalten. Da wurden die besten Anführer gefangen. Der rote Rüdiger ließ den Altmeyer vom Pferde, und da mußte er sich wohl geben. Der Ritter im silbernen Harnisch wehrte sich wie besessen, aber was konnte er gegen die vielen aufammen. Alle sahen's mit Verwunderung. Es von ihnen hatte er verwundet, dem Heinrich Wenneke den kleinen Finger abgehauen; endlich da er matt wurde, man sah's wie der Arm ihm nur hinfle, und wenn er runter war, konnt er ihn nur mit Mühe heben, da rief ihm seine Schläbendorf zu: „Sich dich, auf Ritterwort.“ Spät als ein Ritter gehalten, soßt als ein Ritter gehalten werden.“ Da grüß er sich denn. Das Schwert sah ihm aber so fest in der Faust; konnte man's ihm kaum rauswinden. Und als sie ihn vom Ross heben wollten, konnte er keinen Schrei rühren, und fiel wie tot hin vor Erschöpfung. Dietrich Carpsow schlug ihm das Ritter auf: „Den Mann kenne ich nicht“, sagte er, und es kannte ihn keiner. Da der Altmeyer's Schwert verwundet war, konnte er's ihnen auch nicht sagen, und daher wußten sie's an dem Tage weder bei den Markgräflchen noch in den Städten, wer der Rark war.

Andern Tages sangen sie in den Gassen das Liedlein, darin es heißt:

Das Wunder sah man in Berlin
Und auf der Brud von Eölln!
Die Weiwerte geben den Markgraf zehren,
Die Schmiede auch mit wöll'n.
Was raffelt solch ein Kupferschmelde,
So er in Harnisch steht?
Er denkt, davor der Feind entflieht,
Denn Hühner Rärm erschreckt.

Da niest ein Ritter auf dem Pferd,
O je, was muß er das!
Die Kupferschmelde machten leicht,
Und alle leichtenlast.

Das Kupfer wird doch sonst rot,
Wenn man es schlagen tut,
Ja gib's ein Pulver für den Tod,
Sie kriegten auch noch Mut.

Denn rahl, prahl, was du kannst,
Ach lieber Kupferschmelde,
Und wenn das Hühner du verbannt,
Das ist ein Hühnerschmelde.

Stehn sie ja nahe die Hühnerschmelde, und die Kupferschmelde, denn beide machen Rärm, daß man nicht schlafen kann, und wenn sie doch nicht ausstehen. Und war noch damals Zeit,

solche Spottlieder zu machen in den Städten? Es ging zum Liedlein. Aber besser' du die Leren.

23.
„Freilich ist keine Zeit zu eilen Gedränge und Warteten“, sprach der Vater, „denn es ist eine schlimme Zeit. Aber so die Wasser die Deiche durchbrechen, da kommen wir uns auch an einen schwachen Brett, und wer ertrinken muß, der hält sich an einen Weidenzweig, so er ihn auch mit sich reißt.“
„Ist ja schlimm die Zeit?“ fragte die Jungfrau, und sie, statlich festlich und der Schmutz, den sie um den Hals trug, schaute sich wenig zu den blauen Angesicht und der Träne, die immer wieder aus den Wimpern vorquoll, was sie auch Mühe nahm, sie fortzuwischen. So sah sie da, ihr Bild auf die Diele, ein Bild der Trauer.

„Sie ist schlimmer, als wir uns denken mögen. Wir sind schon in den Mauern, und der Markgraf wird stärker jeden Tag. Unsere Dörfer hat er besetzt. Unsere Einkünfte bleiben uns die Zufuhr zu Wasser und zu Lande, schneidet er uns ab. Das möchten wir ertragen und Mut schöpfen, denn im Felde ist Wechsel, und dem Unverzagten kommt das Glück unverhofft. Aber die Unmöglichkeit ist wieder groß bei uns. Was murren und grollen nicht wieder die Gemeinen, was streiten nicht die Hühne, was lachen sie uns nicht vor uns schreien ins Rathaus hin, in und wäde es das nur! Nun ist aber auch den Geschlechtern schon das Feuer gelöst. Der und jener sitzt da und brummt im Rat, daß seine Güter und Höfe besetzt sind und gebannt, laßt werden vom Markgrafen. Sie murren, daß sie gehen sollen, und nähmen doch nichts ein. Da erwaacht wieder der alte Reich der Familien. Da messen sie auf der Goldwaage, was sie getan und jede verloren. Und du darfst nichts vordringen zum gemeinen Besten, sie murkeln doch, du hättest für dich andere Absichten.“

„Vater, das wird anders werden. Ich werde des Markgrafen Frau. O, ich bin wieder gesund.“
„Jetzt hängt uns andere Sorge, mein Kind. Es gibt Rarkeres, was uns blüht. Wir sind nicht mehr frei, wir sind Gefangene in unserer eigenen Stadt. Der Uebermut des Köpflin nimmt mit jedem Tage zu. Er sitzt als ein Gewaltthäter und droht dort in dem hohen Grade, er kommandiert auf den Mauern, an den Toren, in den Gassen, als er will, er fragt uns nicht. Es heißt nur noch, daß er in unseren Häusern geht. Es mag nicht daran denken, wie seine Gesellen witzigsten, welcherlei Unbill unsere Ehrbarkeit dulden muß. Gestern drang er in unser Rathaus und setzte sich auf den Bürgermeisterstuhl und wir mußten dulden. Es dankten ihm einige für die Ehre, die er uns erwies. Und nun sind sie des Vorfürhers, daß sie ihm das Wort gegeben müßten, um ihn zu freizulassen, wie man ein Unterleibst, daß es uns nicht zerreißt.“
(Fortsetzung folgt.)

Das die Anweisung zum Weiter werden kann, wenn dem Meinel die Verwendung der fehlenden Gelder zu seinem Nutzen nicht nachgewiesen werden konnte. Die Gemeinde erklärt dazu, daß sie die Sache im Wege des Zivilprozesses weiter verfolgen wolle. Der Interessent behauptet jedoch, daß der Fall sich auf mehrere Tausend Mark, wovon die Gemeinde wohl nichts mehr zu erwarten habe. Auf die Anordnung des Gemeinderates, die Sache im Zivilprozess weiter zu verfolgen, verweigert und droht der beschuldigte, ehemalige Gemeindefassener Meinel dem Gemeinderat in der Klingschaler Zeitung die folge:

Über diesen Bescheid bin ich durchaus nicht erbittert, kann und muß vielmehr den fraglichen Korporationen in allen Teilen vollständig freie Hand lassen und sehe dem Ausgang dieser Sache beiseite ruhig entgegen. Nur möchte ich den hochzuachtenden Gemeinderat ersuchen, der jenseits Angelegenheit mehr auf den Grund zu gehen und meine bereits angegebenen Tatsachen etwas genauer prüfen zu wollen, andererseits werde ich natürlich auch nicht zurückhalten, die Vorfälle, die gemacht worden sind, während meiner beinahe 17jährigen Tätigkeit im Gemeindeamt, Brunnbrunn der höchsten Instanz zur Einleitung des Untersuchungs- und Prüfungsverfahrens zu unterbreiten und der breiten Öffentlichkeit zur eigenen Beurteilung zu übergeben.

Der Gemeindevorstand, der der Unterschlagung beschuldigt wird, droht, den Speich umzuwenden. Natürlich hat der Gemeinderat nun erst recht die Pflicht, gegen ihn vorzugehen und für die nötige Aufklärung zu sorgen.

Jorn, den die Angst verzogt. Die Frankfurter „Oberzeitung“ berichtet im Anschluß an den sozialdemokratischen Sieg in Jochsan-Marienbera die Ansichten für die Gewerkschaft in Frankfurt a. O. Das Blatt empfiehlt den Konventionen, ihre Kandidatur fallen zu lassen und bereits im ersten Wahlgang für den National Liberalen einzutreten. Dazu sagt nun die „Deutsche Tageszeitung“:

Für eine solche Summation ist die Begründung: nach, beinahe zu milde. Sie ist tatsächlich unverträglich. Das müßten wahrhaftig wunderbare „Wörter“ sein, die den eigenen Kandidaten zu fallen lassen, um den Kandidaten einer Partei zu unterstützen, deren Anhänger immer die Sozialdemokratie als das kleinere Übel betrachten und der sozialdemokratischen Kandidatur gegenwärtig ihre mittelbare oder unmittelbare Unterstützung in Aussicht stellen. Die Konventionen des Kreises Frankfurt-Neubaus können diese ihre ab und unverständliche Summation nur dadurch beantworten, daß sie mit aller Entschiedenheit für ihren Kandidaten wirken.

Eine Meinel-Dauergasse gegen den „Gelben“ Leinus Der Schriftsteller Karl May hat gegen den Führer der „Gelben“, den „Bürger“ Leinus, bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Verleumdung zum Weineib gemacht und die Behauptung des Blutwagens Kollisionsgefahr beantragt. Die Staatsanwaltschaft wird erst in den nächsten Tagen das Ersorderliche anordnen.

Besteuerung von Taschenuhren. Die Steuerbehörden sollen beschließen, die Fabrikation von Venain- und anderen Taschenuhren zu besteuern. Anlaß hierzu soll die Handwarentenindustrie gegeben haben, die sich durch die Taschenuhrensteuer als Ertrag von Bündelwerkern in ihrer Fabrikation geschädigt fühlen.

Freisinn und National Liberaler. Die „Konservative Korrespondenz“ vom 26. August schreibt unter der Spitzmarke „Eine Uff-ellung“:

„Soweit sich schon heute die Verhältnisse überblicken lassen, haben in 80 Wahlkreisen die National Liberalen bereits ein Bündnis mit den Freisinnigen geschlossen, um an Stelle eines rechtsstehenden Schutzherrn einen rechtsstehenden Freisinnigen zum Kandidaten zu bestellen. In Thüringen sollen nach dem Willen der National Liberalen die jetzt durch Schutzherrn vertretenen Kreise Weimar, Mühlhausen, Merseburg, Schwelb in freisinnige Hände fallen.“

Ausland

Sozialdemokratische Ordnungspolitik. Aus Amerika wird uns berichtet: Seit dem Siege der Sozialisten in Milwaukee hat das Gausere, das sich an öffentlichen Orten zu bereichern pflegte, dort schlimme Tage. Nicht nur greifen die neuen Behörden energisch in die frühere Selbstherrlichkeit der Straßenhändler und sonstiger Betriebe öffentlichen Charakters ein, auch auf die Lieferanten hat man jetzt ein wachsames Auge. Der neue Arbeitskommissar Briggs hat eine Reihe Kontrakte, die beträchtliche Wirtschaften, zur Einstellung ihrer Arbeiten genötigt oder nochmalige Ausführung überlicher Arbeiten angeordnet. So bei Brückenbau- und Pfisterarbeiten. Sicher wird die Stadt zur Ausführung der Arbeiten in eigener Regie übergeben. Genosse Wullen, Superintendent für Straßenbau, erklärt, mit den bewilligten Summen könne um 50 bis 100 Prozent mehr Arbeit geschafft werden.

Genau wird hinsichtlich der Lieferung festig eingegriffen. Die neue Verwaltung hat so weit ein Einkaufs-Departement eingerichtet, das natürlich des „Graters“ (Wandern) verhaftet ist. Die schönen Tage, wo man alle Kleinigkeiten beim Kleinfärber einkaufte und höhere Preise bezahlte, wobei immer etwas für den Einkäufer abfiel, sind vorüber. Jetzt kauft der Verkäufer Campbell nicht mehr beim Krämer, sondern in den großen Handelsbuden, und er zahlt den Preis, den der große Kaufmann zahlt.“ (N. N. B. S.) So bezieht die Stadt jetzt Gas zu holen, für die bis her 4.80 Dollars für die Tonne bezahlt wurden, für 3.25, andere für 4.75, 4.00 5.75. Der neue Rat hat 11-12 statt 14 und mehr gekauft, Schlacht für 65 Cts. den Fuß statt 95 Cts. Das Einkaufs-Departement hat sich glänzend bewährt. Es ist daher kein Wunder, daß es von den „Graters“ verflucht und verdammt wird.“

Arbeiterbewegung

Glasarbeiter-Ausstand. Alle Glasarbeiter der Biber Glasmanufaktur haben wegen Lohnreduktion die Forderung eingeleitet. Infolge nach Alton (Westalen) ist fertiggehalten. **Knopfabrikerstreik.** In Frankenhausen traten am Sonntagabend in 14 Knopfabriken die Perlmutterknopfabriker wegen Lohnhöhen in den Ausstand. Streik ist streng ferngehalten.

Breslauer Nachrichten

Breslau, den 29. August.

Die sogenannte „Volksversicherung“ Der Versicherungsgesellschaft „Victoria“ löst hauptsächlich in der Arbeiterbevölkerung die Leute, mit denen sie ihr Geschäft machen will. Die Sache steht auf den ersten Blick hübsch aus, und die Chancen des Versicherungsgeschäftes erscheinen günstig, wenigstens für den Fall, daß er jetzt nicht. Man schließt eine Versicherung über einige hundert Mark ab, zahlt allmählich eine Mark oder einen ähnlichen Betrag in nicht unerheblicher Höhe, und kann sich nun damit trösten, daß für die Familie „gesorgt“ ist, wenn ihr der Ernährer plötzlich durch den Tod entzogen wird. Mancher stirbt aber doch nicht so bald, wie der Versicherungsagent es ihm als möglich hingestellt hatte. Wenn der Versicherte lange genug gelebt und Woche für Woche sein Geld hingepregeben hat, was ihm besonders in Zeiten der Arbeitslosigkeit sehr schwer werden kann, dann wird nach Ablauf der in der Versicherungspolice vereinbarten Frist ihm ausgezahlt, was er zu fordern hat. Da gibt es nun immer wieder Leute, die sich einbilden, jeder Versicherung habe mindestens das zu fordern, was er im Laufe der Jahre eingezahlt hat, und womöglich noch ein niedrigeres Einkommen bitten dazu. Indes, zu solchen Zwecken macht selbstverständlich keine Versicherungsgesellschaft ihre Geschäfte und am allerwenigsten die „Volksversicherung“ der „Victoria“.

Groß ist die Enttäuschung mancher Versicherter, wenn ihm die Versicherungsgesellschaft, die er für die Versicherung als junger, unverheirateter Mann sich versehen, mit der „Victoria“ als zehn Jahre eine Versicherung über 850 Mark abgeschlossen, wofür er wöchentlich 1 Mark zu zahlen hatte. Bei solchen Bedingungen entrichtet der Versicherer, wie jeder sich ausrechnen kann, schon in sieben Jahren mehr als volle die Summe von 850 Mark, wobei noch von Verzinsung abgesehen ist. Wenn der Versicherer nicht rechtzeitig stirbt, so hat er bis zum Ablauf der Versicherung nicht recht viel dabei, aber sollte ihm bei der nächsten Jubiläumsgeldzahlung seiner 300 Mark noch ein Gewinnanteil. Sehn Jahre hindurch zahlte er also jede Woche seine Mark, jedoch er in 10 Mal 85 Wochen im ganzen 850 Mark hingab. Däht man die Gebühren für die Aufnahme und für die Jahresquittungsarten hinzu, so kommt, sagt er uns, eine Gesamtsumme von 522,50 Mark heraus. Und als er nach wurde ihm da ausgezahlt? Die schriftliche Rechnung, die ihm überreicht wurde und jetzt uns vorliegt, blühte ihm außer der Versicherungssumme von 850 Mark einen Gewinnanteil von 134,79 Mark zu. Das macht zusammen 484,79 Mark, um 37,71 Mark weniger, als er in 10 Jahren hingegabe hätte. Die Rechnung schließt mit dem folgenden Satz: „In der Hoffnung, daß die unterer Gesellschaft und ihren Einrichtungen ein kreuzliches Interesse bewahren und gerechtfertigt sein werden, unsere Bestatigung in weiteren Preisen zu empfehlen, zeichnen wir hochachtungsvoll Victoria zu Berlin u. s. w.“ Nachdenklich las der Empfänger diesen Schlußsatz, nachdenklich setzte er seine 484,79 Mark ein.

als junger, unverheirateter Mann sich versehen, mit der „Victoria“ als zehn Jahre eine Versicherung über 850 Mark abgeschlossen, wofür er wöchentlich 1 Mark zu zahlen hatte. Bei solchen Bedingungen entrichtet der Versicherer, wie jeder sich ausrechnen kann, schon in sieben Jahren mehr als volle die Summe von 850 Mark, wobei noch von Verzinsung abgesehen ist. Wenn der Versicherer nicht rechtzeitig stirbt, so hat er bis zum Ablauf der Versicherung nicht recht viel dabei, aber sollte ihm bei der nächsten Jubiläumsgeldzahlung seiner 300 Mark noch ein Gewinnanteil. Sehn Jahre hindurch zahlte er also jede Woche seine Mark, jedoch er in 10 Mal 85 Wochen im ganzen 850 Mark hingab. Däht man die Gebühren für die Aufnahme und für die Jahresquittungsarten hinzu, so kommt, sagt er uns, eine Gesamtsumme von 522,50 Mark heraus. Und als er nach wurde ihm da ausgezahlt? Die schriftliche Rechnung, die ihm überreicht wurde und jetzt uns vorliegt, blühte ihm außer der Versicherungssumme von 850 Mark einen Gewinnanteil von 134,79 Mark zu. Das macht zusammen 484,79 Mark, um 37,71 Mark weniger, als er in 10 Jahren hingegabe hätte. Die Rechnung schließt mit dem folgenden Satz: „In der Hoffnung, daß die unterer Gesellschaft und ihren Einrichtungen ein kreuzliches Interesse bewahren und gerechtfertigt sein werden, unsere Bestatigung in weiteren Preisen zu empfehlen, zeichnen wir hochachtungsvoll Victoria zu Berlin u. s. w.“ Nachdenklich las der Empfänger diesen Schlußsatz, nachdenklich setzte er seine 484,79 Mark ein.

Su dem Mann, der so um eine Hoffnung Armer und im eine Erfahrung reicher geworden war, kam bald darauf wieder ein Versicherungsgesellschaft der „Victoria“. Wieder wurde angefragt, ob man nicht mit der „Volksversicherung“ einen Vertrag, diesmal vielmehr auf fünfzehn Jahre, abschließen wolle. Wieder wurde der Vorteil hervorgehoben, den bei der „Volksversicherung“ der „Victoria“ auch mal ein Versicherer beim seine Familie haben kann, wenn er beizeiten stirbt. Wer will einem Versicherungsgesellschaft den Eifer herbeibringen, mit dem er für seine Auftragsgeber nicht? Er ist da darauf angewiesen, mit jedem Großen Produktion zu rechnen, der für ihn dabei abstößt. Desmal aber blieb aller Überredungsversuch der Erfolg verlag.

Handelskammern gegen Konsumvereine

Es scheint immer mehr Gebrauch zu werden bei den Handelskammern, gegen die Konsumvereine eine präponierte Kampfkampfung einzunehmen. So hat die Handelskammer in Mannheim a. Rh. beschlossen, sich mit den rheinischen Handelskammern zu vereinigen, um die „Auswüchse“ des Konsumvereins zu bekämpfen und zu diesem Zweck eine besondere Kommission einzusetzen. Die deutsche „Kohlenzeitung“ teilt in ihrer Nr. 20 mit, daß auch die Handelskammer zu Mannheim gegen das Konsumvereinswesen vorgehen will. Sie hat nämlich die Veranstaltung einer Enquete beschlossen, und die Handelskammer zu Bromberg hält zurzeit auf ein Geluch des Zentralverbandes der Kohlenhändler Deutschlands hin eine Umfrage ab, um die Schädigung festzustellen, die dem vertriebsmäßigen Handel durch Konsumvereine zugefügt wird. Die „Kohlenzeitung“ begrüßt dieses Vorgehen der Handelskammern durch ein Bravo. Die organisierten Konsumvereine haben alle Ursache, diesen Vorgängen reges Interesse entgegenzubringen. Wenn die Bäume der Handelskammern auch nicht in den Himmel wachsen, so muß ihnen doch auf die Finger gesehen werden, um zu verhindern, daß in unläuterer Weise gegen die Konsumvereine gekämpft wird. Es ist daher vor allem die Forderung zu erheben, daß die Ergebnisse der Untersuchungen, die die Handelskammern in Mannheim und Bromberg anstellen, auch der Öffentlichkeit unterbreitet werden, damit sie auf ihre Beweisskraft geprüft werden können.

Verkürzung des Dienstbotenmangels. In der „Kohlenmarkt-Korrespondenz“ lesen wir: „Die Frage der Beschaffung weiblicher Dienstboten wird für die Hausfrauen wieder brennender. Nicht allein der Bedarf an besser qualifizierten Dienstboten kann sehr schwer gedeckt werden, sondern ganz allgemein entspricht das Angebot dem Bedarf bei weitem nicht. Die Dienstboten sind in den letzten Jahren auf 100 offene Stellen durchschnittlich wenigstens noch 72,98 Arbeitsuchende, so waren es im Juli d. J. nur noch 88,14. Freilich ist es nur ein kleiner Teil des Dienstbotenmarktes, der durch die öffentlichen Arbeitsnachweise beobachtet wird, die Hauptstätigkeit der Dienstbotennormierung liegt noch in den Händen der privaten Stellenvermittler, doch ist gerade hier, nach Einzelbeobachtungen zu schließen, das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage zum Teil noch ungenügender, als an den öffentlichen Nachweisen. Eine harte Veranschaulichung weist das Dienstbotenangebot vor allem im Rheinisch-Sachsen auf, wo in diesem Jahre auf je 100 offene Stellen durchschnittlich nur 48,96 stellensuchende Dienstmädchen kamen gegen 111,28 im Vorjahre, ferner in Westfalen, wo der Anhang nur 67,49 betrug gegen 100,50 im Vorjahre, in Hannover, wo er 44,55 betrug gegen 72,43 im Vorjahre. In der Provinz Schleien kamen voriges Jahr auf je 100 offene Stellen durchschnittlich noch 98,38, in diesem Jahre nur 75,49 Dienstmädchen, im Rheinland ging der Anhang von 110,82 auf 88,65, in Posen von 109,07 auf 92,83 herab. Nur in wenigen Landesteilen hat der Anhang etwas zugenommen, wie in Hessen-Nassau, dann in den beiden Großstädten Berlin und Hamburg.“ Ja, ja — auch die Hausfrauen erwerden!

Schlesien, Posen und Nachbargebiete

Märzdorf (Kreis Ohlau), 29. August. Schwerer Unfall! Am Sonntagabend gegen 7 Uhr wurde auf dem hiesigen Dominium mit 2 Pferden Siebe gemacht, wobei der eifrigste Sohn des Schaffers Trecke beklüffelt war. Bei dieser Arbeit wurde Trecke, als er die geschnittenen Siebe bei Seite schaffen wollte, von der Kuppelung, an welcher die Schwachverstellung fehlte, erfaßt, wobei ihm ein Arm gebrochen und am Schultergelenk ausgezerrt wurde. Der Verunglückte wurde ohne ärztliche Hilfe nach dem hiesigen Landesheiler Breslau geschafft, wo 2 1/2 Stunden Zeit in Anspruch nahm. Sonderbar ist es, daß der Gutinspektor das Fehlen der Schwachverstellung nicht bemerkt hat, obwohl er doch sonst sehr genau alles sieht. Einmalig wurden 8 Kinder und 6 Frauen auf seine Veranlassung hin bestraft, weil diese Brenneisen vom Felde genommen hatten. Damals hatte der Inspektor das ganz genau gesehen.

Schwedt, den 27. August. Eine „geopartige Eizenz“. Unter dieser Spitzmarke erschien vor kurzem in den hiesigen Blättern ein Inserat, in welchem angekündigt wurde, daß bei einer Kapitananlage von 1000 Mark jährlich 8000 Mark Reingewinn zu erzielen sind, als mühelos und auf die einfachste Weise; keine Versicherung. Dieses verlockende Angebot hatte einen hiesigen Handwerker auf die Beine gebracht und gleichzeitig in der Absicht, diese Sorte von „Geschäft“ etwas näher kennen zu lernen, sagte er eine Offerte ein. Die Antwort ließ nicht allzulange auf sich warten. In einem hiesigen Hotel wurde das Nähere besprochen. Es handelte sich um die Aufnahme von Annoncen im Restaurant usw. Bei einem Entwurf von 10 Pfennig erhielt der Käufer 2 Zigaretten und 1 Versicherung. Der Verkäufer jüde nur dafür zu sorgen, mindestens 5 Automaten im Jahre abzugeben, das Geld werde mit 80 Mark berechnet. Von Zeit zu Zeit werden die Automaten kontrolliert und nach Abgabe einer kleinen Entschädigung an den Wirt könne er sich das übrige Geld in die Tasche stecken. Zigaretten und Karten liefert natürlich nicht die Firma, sondern diese muß er auf eigen-

ahnung und Kavatage oder von der Vorkaufspreise, sollte sich aber sofort — 300 Mark zu bezahlen. Der Vertreter der Firma, ein Herr mit dem Namen Röhbers, sagte darauf einen Vertrag vor, den der Handwerkermeister unterzeichnete. Darauf ging dieser aber nicht ein, vielmehr bat er sich Bedenkzeit aus; allerdings mehr zum Schein, denn von dieser Seite „Geschäft“ hatte er gerade genug. Der Vertreter der Firma sagte aber aus nachfolgenden Gründen seine Lust, Bedenkzeit zu gewähren, sondern er erklärte kurz, entweder bald bezahlen oder das Geschäft in einer halben Stunde mit einem anderen Restanten abgeschlossen. Das war dem Handwerkermeister auch recht und um eine Erfahrung reicher, verließ er heimlich den Laden, Infrats losläßt, die zum mindestens eine grobe Täuschung des Publikums mitbolen.

Leichenbach, 29. August. Mysteriöse Leichenfunde. Beim Ausheben von Kanalisationsgräben in der Niederstadt legten die Schachtarbeiter auf dem Westlichen Grundstück ein weibliches Skelett frei. Die Leiche lag mit dem Gesicht nach unten. Umgeben neben dem Skelett wurden eine Anzahl Nähnadel gefunden, so daß es nicht ausgeschlossen erscheint, daß ehemals den Leichnam ein Nähnadel umgab. Am nächsten Tage wurde in nächster Nähe ein männliches Skelett freigelegt, welches mit angelegten Beinen noch nicht einen Meter tief eingebettet lag. Vermutlich sind beide Leiche, welche mehr als 80 Jahre vergraben lagen, die Opfer von Verbrechen. Vor vielen Jahren wurde auf diesem Grundstück eine Molkerei betrieben.

Grünberg, 29. August. Eine tödliche Innung. Letzte. Bei einer polizeilichen Durchsichtigung beim Obermeister der Fleischvervinnung, Fleischermesser Koloch, unter Beziehung des Kreisarztes wurde eine größere Menge verborgener Fleischwaren beschlagnahmt. Es wurden schon längst Stimmen laut, daß bei dem Obermeister solche Waren vorhanden sind.

Sagan, 29. August. Reichstags-Kandidat. Der liberale Wahlkreisleiter Bürgermeister Wollig-Sagan zum Reichstags-Kandidaten für den Wahlkreis Sagan-Spytkau auf. Bürgermeister Wollig hat die Kandidatur angenommen.

Siegen, 29. August. Zweifeln Selbstmord verbleibt Sonntag in den heißesten Morgenstunden der Reimer Waz Kubello, Pfaffenstraße 28 wohndhaft, indem er sich in der Nähe des Schießhauses, am Rande des Mühlgrabens Lebend, mit einem Revolver in die Brust schoß und in dem Wühlgraben fiel. Am Reigen der Stadtmühle wurde seine Leiche aus dem Wasser gezogen. Verdachts, der außer Grundstücksinspektionen noch in anderen Objekten inspektionierte, soll hierbei Verluste in Höhe von 60.000 Mark gehabt haben. Dieses hat ihn in den Tod getrieben. Der Haus- und Grundbesitzer, dessen Kasserer er war, verliert in ihm einen der eifrigsten Mitwärtiger.

Glogau, 28. August. Soldaten als Hausarbeiter. Unhaltbare Zustände entwickeln sich zurzeit im Militärwesen. Durch die lang anhaltende Bauarbeiter-Ausfuhrung sind die dringenden Bauarbeiten so pressiert geworden, daß alle Bauhandwerker nicht ausreichen, sondern die doppelte Zahl derselben verlangt wird. In diesem Zustande hat aber nicht allein die Sorglosigkeit und Halsstarrigkeit der Bauherren schuld, sondern auch der Militäristus, und nicht zum geringsten unsere hiesigen Stadtbewohner, die eine ganze Reihe Saisonbauten fertig zu stellen hatte. Von allen Handwerfern sind gerade die Tischler die begehrtesten Kräfte in der in Glogau ungeniet hochgehenden Bauaktion. Während die Herren Tischlermeister sich einer menschenwürdigen Behandlung und demzufolge auch einer antwortenden Bezahlung befleißigen, hätten sie Kräfte im Überflus zur Verfügung. Davon meißt man selber auch heute noch nichts. Gerade die rückständigsten dieser Arbeitbergeruppen klagen ja am meißten über Arbeitsmangel. Besonders der Bau- und Möbelfabrikator Baumgardt, Hohengartenstraße, leidet sehr an brauchbaren Tischlergesellen. Jetzt müssen ihm Plötzlinge von der hiesigen Garnison die fehlenden Leute ersetzen! Diese Plötzlinge sind vom Kommando abgefand worden und wird zu dem horrenden Stundenlohn von 25 Pf. pro Stunde beschäftigt, ein Lohnsatz, für den ein Tagelöhner in dieser Zeit nicht arbeitet. Nicht allein, daß die hiesige Kommandantur Soldaten, die von der breiten Masse durch ihre Steuerbeiträge erhalten werden, den hiesigen Bauarbeitern in den Rücken fallen läßt, werden diese abkommandierten Soldaten zu Löhnen beschäftigt, die man sonst Arbeiter nicht zu bieten wagt. Gerade dadurch gibt die Militärbehörde der Schmutzkontrolle die mögliche Ausbeutung, denn wozu sollen bei solcher Lohnhöhe die noch halbwegs arbeitenden konkurrierenden Firmen kommen? Aber nicht nur diese satfam bekannte Firma soll hier Soldaten beschäftigen, sondern noch eine ganze Anzahl anderer Firmen. Wird die Kommandantur von Glogau die sofortige Durchziehung der abkommandierten Plötzlinge jetzt in die Wege leiten, oder muß hier erst eine Beschwerde an den Kriegsminister nachgesen?

Glogau, 29. August. Die Disziplin. Ein schwerer Fall von Soldatenmord, der noch oben bei dem armen Mann drei Wochen Mittelarrest einbrachte, gelangte vor dem Kriegesgericht der 9. Division zur Beurteilung. Der Kanonier Rettig der 1. Batterie Feldartillerie-Regiments Nr. 48 hatte bei Winterübungen einen kleinen Fehler gemacht. Deshalb sollte er im Quartier nach dem Pferdehals gehen, wobei er eine große Pfähle durchqueren mußte. Der Kanonier ging aber diese aus dem Wege, weshalb der Sergeant Rauber ihn mehrere Schwenkungen machen ließ, um den Kanonier mit aller Gewalt durch das Wasser zu laden, was dieser aber vermieb. Dem ganzen Vorgang beobachtet der Wewachmeister Saffran im Zivilberuf Karck gewesen rief den Kanonier zu sich und befohl diesem, sich in eine schlammige Wasserlöcher zu legen. Diesen gebener Dienstbefehl befolgte Rettig nicht, weil er den Auftrag am Montag zu einem Appell gebrauchte. Diese Gehoramsverweigerung mußte Rettig mit drei Wochen Mittelarrest büßen. Sergeant Rauber wurde freigesprochen, während Wewachmeister Saffran zu fünf Tagen gefängnis verurteilt wurde. Der Vertreter der Anklagebehörde führte selbst aus, daß derartig Rinderereien und Aufregung in der Ausbildung der Dienstmänner nicht beabsichtigt werden, was sehr bedauerlich sei! Deshalb meißt denn der Kanonier Rettig Abschaffung bestraft werden und warum wurden die beiden Unteroffiziere nicht strenger bestraft?

Aus Oberschlesien

Hedwig, 29. August. Die letzte Schicht. Die Arbeiter Vornd und August Grubnick wurden durch Kohlenlag auf Abwegende vergiftet. Hedwig konnte nur als Leiche geborgen werden, letzterer wurde gerettet und befindet sich im Krankenhausigarden.

Beuthen, 29. August. Verbrennt. In Jawiszle, an der schlesisch-sächsischen Grenze, geriet durch Fäulnis einer Dampfmotoreine eine Scheune in Brand. Zwei Kinder, die in der Scheune spielten, verbrannten. Der Brand erlitt bei dem Rettungswachen einen sehr gefährlichen Brand wurden.

Wagnitz, 29. August. Beim Einnemen verunglückt ist der Lehrer Grotowski. Er stand auf einem hohen Treppenvorwerk und hatte einige Liegenen vorsetzen wollen. Bei einer Drehung stürzte er herab und trug schwere Verletzungen an Armen und Beinen davon, so daß er ärztliche Hilfe in Walden nehmen mußte.

Sauerbrunn, 29. August. Dem Fenster gestürzt. In der unteren Loosier wohnende 70jährige W. wurde bei unglücklicher Unvorsichtigkeit aus dem Fenster her in 8. Stock gelegenen Hofraum. Der Fall konnte nur den Tod verhindern. Die Verwesungsgerüche waß seit länger Zeit schwermütig.

Freitag, den 30. August 1910.

Parteigenossen!

Die Folge der einseitigen agrarischen Wirtschaftspolitik, die in dem Wucherzolltarif ihre Grundlage hat, hat jetzt das gezeitigt, was die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstag vorausgesagt haben, unerträglich hohe Lebensmittelpreise.

Unter den Lebensmitteln, die von dieser schamlosen agrarischen Preissteigerung gegenwärtig am meisten betroffen sind, steht das Fleisch an erster Stelle. Seit Monaten bewegen sich die Fleischpreise in fortgesetzt aufsteigender Linie. Die Regierung hat bisher vollkommen untätig zugehört. Man glaubt sich damit begnügen zu können, daß man diese enormen Fleischpreise als eine „vorübergehende Erschütterung“ bezeichnet. Damit kann aber dem Volke nicht geholfen sein, dessen Lebensbedingungen sich immer mehr verschlechtern.

Das Junferium hat heute goldene Zeiten; die Grenzen sind gesperrt; soweit die Vieheinfuhr möglich ist, wird sie durch Schikane aller Art erschwert; Millionen stehen in die unergieblichen Läden der Agrarier und schwerer als je zuvor um ein menschenwürdiges Existenz. Alles was in den letzten Jahren auf wirtschaftlichem Gebiete an Vorteil für die Arbeiterklasse errungen werden konnte, wird völlig aufgewogen durch die unerhörten Preise der Lebensmittel. Strebt die Arbeiterschaft danach, einen Ausgleich durch Lohnhöhung zu versuchen, dann antwortet das Unternehmertum mit dem brutalen Mittel der Aussperrung.

Man will offenbar nicht sehen, daß die Verteuerung der Lebensmittel notwendigerweise die Volksgesundheit untergraben muß. Als Antwort auf das Verlangen der Arbeiterpresse, die Grenzen zu öffnen, fordert das Agrarierum eine noch schärfere Abschließung und ein fast völliges Verbot der Vieh- und Fleischinfuhr aus dem Auslande. Den Seuchenschutz schützt man vor und das Profitinteresse der Agrarier meint man. Es ist eine unumgängliche Notwendigkeit, daß das verkümmerte Volk durch flammenden Protest Verwahrung einlegt gegen diese unerhörte Ausbeutung und wie das in einzelnen deutschen Städten bereits geschehen ist, so fordern wir die Parteigenossen Deutschlands auf, allenthalben eine Protestbewegung gegen den Fleischwucher insbesondere und gegen die agrarische Raubwirtschaft im allgemeinen in die Wege zu leiten.

Berlin, den 26. August 1910.

Der Parteivorstand.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. August.

Geschichtskalender.

30. August.

- 1831 Revolte der Leipziger Bürgerwehr.
- 1844 Der Geograph Friedrich Wagner in Paris stirbt.
- 1856 Sir John Ross, der Entdecker des magnetischen Nordpols in London †.
- 1909 Des Katholikenspriesters ungewollte Himmelfahrt in Breslau.

Breslauer Schauspielhaus.

„Das schwarze Schaflein“.

Offiziersdrama von Richard Stowronnel.

Wenn man das Wort „Offiziersdrama“ hört, denkt man unwillkürlich an „Mosenmontag“ oder „Zapfenstreich“ und der Name Stowronnel erinnert lebhaft an das „Husarenleber“. Aber das „Schwarze Schaflein“ erinnert leider an gar nichts, als an einen freilich langweiligen Theaterabend. Was da auf der Bühne vorgeht, interessiert keinen Menschen; daß der Verfasser dazu 5 geschlagene Akte braucht, ist ein Zeichen der herabwürdigen Dispositionsllosigkeit. Der erste und der zweite Akt besteht aus je einer Instruktionsszene, die eine Offiziersbende der anderen erteilt; im dritten Akt wird dem Zuschauer ein mit den besten Bemerkungen angefülltes Offizierskloster vorgeführt. Wenn trotzdem einzelne Hörer über die gelisteten „Gedankenspiele“ lachen, so hat das gar nichts auf sich, denn dieselben Hörer, die wahrscheinlich alle Jubelschreie einmal das Theater belächeln, lachen auch im vierten Akt in der besten und ernstesten Szene des Stückes. Hier schuf Herr Kunze in der der schwierigen Rolle eines radebrechenden polnischen Offiziersbüchsen eine Kadettenszene, die lebhaften Beifall bei offener Szene auslöst. Im letzten Akt glaubte man endlich die Bühne fruchtbar zu hören, aber hier bekommt der Theaterbesucher eine so gewaltige Ohrfeige, daß er halb bewußtlos das Theater verläßt; das soll heißen: er ist sich nicht bewußt, ob das Stück schon zu Ende ist oder ob nicht noch in Akt folgt und der fallende Vorhang nicht bloß ein Schmuckvorhang war. Vielleicht sollte auch noch ein Akt: ich habe mich nur nicht bemüht, ihn abzuwarten, zumal auch andere Leute mit mir derselben Meinung waren und dem Theater kopfschüttelnd den Rücken kehrten.

Die Aufführung war danach; die Darsteller, welche von vornherein merken mochten, daß sie auf einem verlorenen Posten standen, konnten sich nur zum kleinen Teil für ihre Partien begeistern und so entstanden vielfach Kunststücken, die kontaktschwer vom Souffleur ausgefüllt wurden. Zu erwähnen ist Fräulein Letmann und die Herren Glodius, Gortier, Merendoff und Schell. Die beiden zuletzt genannten Herren verlassen am Montag unsere Stadt. Herr Merendoff hat sich stets als ein ernst zu nehmender, sehr belebender Schauspieler erwiesen, der nur seine Sprachschwierigkeit etwas zu veredeln hätte, und Herr Schell hat sich in der kurzen Zeit seines hiesigen Wirkens im „omischen Fach“ viele Freunde erworben. Hoffentlich befindet sich sein Ruhm noch in aufsteigender Linie. Merkwürdige Anekdoten sprach Herr Christ.

Wer ist der Handhacker?

Die Frage wird nun nicht mehr zur Ruhe kommen. In der gesamten Presse nimmt man sie auf. Auch bürgerliche Blätter fordern, daß endlich die Wahrheit an den Tag komme. In einem längeren Vokalartikel bespricht die „Breslauer Morgenzeitung“ den Fall, wie er sich jetzt gestaltet hat, nachdem der Regierungspräsident der Polizei den Mund verschlossen hat und sagt unter anderem:

„Der Mangel an Mut, den der unaussprechbare Beamte an den Tag legt, indem er sich in seiner Verborgenheit hält, ist an parlamentarischer Seite von einem konservativen Adelsherren mit wüthender Heftigkeit gebrandmarkt worden, und kein anderer als unser Oberbürgermeister hat die unbegreifliche Erfolglosigkeit der Polizei geäußert, die der Spur des Liebeländers mit verbundenen Augen zu folgen scheint. „Wäre ich Polizeichef“, so äußerte sich etwa Herr Dr. Bender, „so würde der Handhacker schon längst zur Stelle.“ Der Handhacker blieb und bleibt unentdeckt, aber die Stadt mußte die empfindliche Last auf sich nehmen, die ihr vom Geschehen in der Gestalt einer lebenslänglichen an den verfallenen Mierzapfer zu zahlenden Rente auferlegt wurde. Die Stadt büßt, was ein blinder Polizistbeamter gesündigt hat.“

Die „Morgenzeitung“ berichtet alsdann über die Vorkommnisse vom Sonnabend über den Prozeß Albert und fährt dann fort:

„Wir haben es seinerzeit lebhaft bedauert, daß vom Gericht die eidlische Vernehmung der Schutzleute nicht beiläufig wurde. Wäre sie damals herbeigeführt worden, so hätte die Bielewaldaffäre sicherlich ihr Ende gefunden, denn der Missethäter wäre höchstwahrscheinlich ermittelt worden. So aber konnte der Verdacht Nahrung finden, daß bei der Mithewaltung, die Person des Handhackers festzustellen, nicht alle Mittel erschöpft seien, und dieser Verdacht ist, wie die Tatsachen beweisen, in Wirklichkeit lebendig geworden. Jetzt nun wird abermals von der Behörde eingegriffen und ein Mund geschlossen, der so oder so Klarheit in eine Frage bringen könnte, die auch heute noch nach vier Jahren das Interesse der Bürgerschaft in recht hohem Maße beansprucht und beanspruchen muß. Wir nehmen natürlich an, daß man auf dem Polizeipräsidium von der Person des Handhackers keine Ahnung hat, was ja nicht ausreicht, daß sie diesem oder jenem der unteren Exekutivorgane bekannt ist. Was diese also da Herr Proff oder der preussische Staat oder gar das Deutsche Reich für eine Gefahr, wenn der Herr Regierungsrat beunruhigt würde, daß er nicht weiß, wer dem Bielewald die Hand abgeschlagen habe? Herr Albert ist freilich anderer Ansicht; er ist überzeugt, daß man den Handhacker im polizeilichen Amtshause auf der Saubühne sehr wohl kenne, und er wird mit allen seinen politischen Parteigenossen und vielleicht auch mit manchem anderen Bürger der Stadt in dem Schwelgebote, das der Herr Regierungspräsident dem Herrn Regierungsrat auferlegt, nur eine Stärkung des Verdachtes erblicken, der in den unter Anklage gestellten Artikeln der „Volkswacht“ zum Ausdruck gelangte.“

Niemand wird uns zu widersprechen wagen, wenn wir die Forderung aufstellen, daß an forensischer Seite kein gesetzliches Mittel unberührt bleiben darf, um der Wahrheit zu ihrem Rechte zu verhelfen, gleichviel, wie diese Wahrheit Freude oder Leid verursache. Deshalb trägt die Gerechtigkeit eine Wunde vor den Augen, damit sie durch Nichtwissen in keiner Weise heiligt werde. Der Eid aber ist eines der vornehmsten Mittel, durch welches der Wahrheit die Wege geebnet werden, und ein Recht auf diese Wahrheit hat der Ankläger in demselben Umfange, wie der Angeklagte. Wenn der Herr Regierungspräsident der Meinung ist, daß Staat und Reich durch die Aussage des Herrn Proff wirklich gefährdet werden könnten, so bleibt dem Gerichtshofe ja eine sehr einfache Maßnahme, so Schreckliches zu verhindern, indem er die Öffentlichkeit ausschließt, wie dies in unseren Tagen so oft geschieht, unter anderem beim Reichsgericht, wenn hochwichtige, das Staatsinteresse in Mitleidenschaft ziehende Akten zur Verhandlung gelangen. Aber die Wahrheit muß an den Tag; der Angeklagte fordert es in unserem Falle zu seiner Verteidigung, und die Öffentlichkeit, meine ich, darf mit ihm verlangen, daß das argere Licht, welches bisher noch immer über

dem Handhacker lastet, insoweit wenigstens gelichtet wird, daß wir über die Tätigkeit, welche die Polizei bei dieser Angelegenheit entfaltet, aus dem Munde eines Wissenden volle Aufklärung erhalten.

Wir räumen gern ein, daß Herr Regierungsrat Proff durch den Eid in eine missliche Position käme; befragt er, daß er den Handhacker nicht kennt, so wird an solcher Unkenntnis die Kritik lebendig, die unser Oberbürgermeister an der Erfolglosigkeit der polizeilichen Nachforschungen geäußert hat, lehnt er den Eid ab, so belästet er erst recht die Praxis der Breslauer Exekutive. Die „Volkswacht“ aber, und das war vorauszu sehen, stellt über das gestrige forensische Ereignis eine Interpellation im Landtage in Aussicht, und man darf immerhin gespannt sein, wie der Herr Justizminister zu einer Frage, die keineswegs nur parteipolitisch, sondern viel mehr noch ein allgemeines Interesse hat, sofern die Reichsgarantien des gesamten Volkes gefährdet erscheinen, Stellung nehmen wird.“

Die „Breslauer Zeitung“ teilt den Vorgang ebenfalls mit und bemerkt dazu:

„Nunmehr hat aber, was höchst auffällig ist, der Regierungspräsident dem Regierungsrat Proff die Anklage verbieten, weil durch die Bekundungen desselben die Sicherheit des Reiches bzw. Preussens gefährdet werden könnte“ (§ 53 der Str.-P.-O.). Die Folgerungen aus diesem Verbot ergeben sich von selbst, und man darf auf das parlamentarische Nachspiel, das dieser Aufsehen erregende Vorfall haben wird und haben muß, mit Recht gespannt sein. — Das hiesige schon die sozialdemokratische Presse mit vollem Erfolge Kapital aus dem Vorgange schlug, ist selbstverständlich.“

Der „Vorwärts“ spricht sich ganz im Sinne der „Volkswacht“ aus, und ähnlich die gesamte Parteipresse, die ausführlich über den Vorfall berichtet. Es bricht eine böse Zeit an für die Breslauer Polizei, denn diese Dinge werden ihr niemals vergessen, noch weniger verziehen!

Wie die Kaiserrebe auf die Polizei gewirkt hat.

Das war am gestrigen Sonntag höchst posserlich im Innern der Stadt zu beobachten. Von 11 Uhr ab waren hunderte von Polizisten aus den verschiedensten Revieren — wir sahen alle Bekannte aus allen Stadtbezirken — nach dem Ring abkommandiert, wo sie im Remis des Rathhauses, im Stadthauskeller, in der Wache und anderswo warteten. Warteten der Dinge, die da kommen, die ihre Wachsamkeit beweisen sollten. Niemand hatte den Revolver vergessen und einige, die ihre Uniform mit dem schlichten Bürgerrock vertauscht hatten, brachten sogar ihre Pistolen mit. Der Spaziergänger bemächtigte sich da und dort eine große Erregung und auf dem Bummel der „Schweidnitzer“ gab es nur ein Gesprächsthema: Die Polizei. „Was will sie nur? Was hat sie denn?“ Erst um 1 Uhr wurden die Herrschaften vom Polizeihauptmann Koll wieder entlassen und Herr v. Oppen, der bis dahin ebenfalls wartend in der Urfüllerstraße und auf der Schaubrücke sich gelangweilt hatte, konnte endlich der Einladung seiner Frau zum Mittagessen folgen.

Und weshalb diese Ankündigungen vorbereitet waren? Weil Herr v. Oppen die Kaiserrebe für so aufreizend hielt, daß er glaube, Straßen Demonstrationen seien die erste greifbare Folge davon! Herr v. Oppen hatte nämlich wieder vergessen, daß wir nur dann demonstrieren, wenn er nicht daran denkt. So aber erscholl unter den wenigen Genossen, die studienhalber erschienen waren, homerisches Gelächter, als um 1 Uhr die Polizisten einen Sturm auf die — Wagen der Elektrischen unternahmen, um so schnell wie möglich heim zu Muttern und Köchen zu kommen. Breslau aber wird wieder einmal genannt — und das scheint die Hauptsache dabei zu sein.

ansen und Herr Kessler. Im ersten Akt waren Frau Greder, Fräulein Sptelmann und Herr Benz beschäftigt. Was letzterem antrat, habe ich nicht verstehen können; das lag aber diesmal nicht an Herrn Stowronnel, sondern an Herrn Benz. Jedenfalls habe ich diese Herrschaften darum beneidet, daß sie nach dem ersten Akt nach Hause gehen konnten. — Neben die militär-technische Seite, wie Uniformen etc. kann ich leider den wissenschaftlichen Leser nichts berichten, da ich glücklicherweise Zeit meines Lebens dienstunfähig bin und etwas wichtigeres zu tun hätte, als mich mit dieser brotlofen aller Künste zu befassen.

Wenn das Schauspielhaus noch lange das „Schwarze Schaflein“ gibt, kann es möglicherweise — auf dem Hund kommen. Die Bühnen, die dieses Herrbild eines Dramas aufzuführen, scheinen zu den weißen Haken zu gehören.

S. M.

Aus aller Welt.

Ganz erschütterliche Dinge weiß die „Lächliche Rundschau“ über das Thema „Von Verfall der Sitten“ zu berichten. „In Berlin zeigte vor einiger Zeit ein Schriftsteller und seine Braut an, daß sie sich in „freier Gemeinschaft“ zusammengefunden hätten. In Grünstadt, einem Städtchen von 9-10000 Einwohnern in dem bayerischen Regierungsbezirk Wals, ist diese Sucht, als öffentlicher Sittenverächter anzukommen, noch übertrumpft und ins maßlose Freche gesteigert worden. Und ist heute die Nr. 189 der „Grünstädter Ztg.“, die amtliches Organ des königlichen Amtsgerichts Grünstadt ist, gesankt worden. Man findet darin folgende großgedruckte Anzeige:

Die Geourt eines kräftigen Jungen zeigen hochachtungsvoll an Philipp Born, Händler, und Anna Fehring, Grünstadt, den 15. Aug. 1910.

„Vielleicht denkt der mittelungsbedürftige Vater“, fährt das Blatt für Deutschum und Menschheit dann fort, „er sei stüllicher als andere, die an dem Zwang der Sitten festhalten, weil er aus seinem Verhältnis zu wenig Wohl mache, daß er sich nicht scheut, die Geburt eines Kindes anzuzugehen. Er handelt aber nicht klug, weil

sich nicht scheut, die Gefühle der Mehrheit ohne Not zu beleidigen. Und er ist schamlos, nicht weil er ein solches Verhältnis hat, sondern weil er die Augen aller auf dieses Verhältnis in dieser Weise lenkt. Die ganze Sache ist ein neues Zeichen der zunehmenden Gefühlsverrohung und der Verwirrung der sittlichen Begriffe.“

Wie wir erfahren, steht der künftige Junge des Philipp Born und der Anna Fehring seinen Eltern an „Schamlosigkeit“ gar nichts nach. Er schreibt vielmehr und verlangt sein Futter, als hätten seine Eltern den handschmeißlichen Gewerbeschein und den kirchlichen Segen zu seiner Erzeugung gehabt. Und wenn nicht alle Angelegenheiten trügen, wird er noch einmal ein roter Sozialdemokrat werden, der ganz und gar kein Verständnis für all die Dinge entwickelt, die die staatliche Zurechtweisung für nötig hält, um „Ordnung, Recht und Sittlichkeit“ aufrecht zu erhalten.

Massenabstürze von Abiatikern. Der holländische Flieger van Maasdyk, der erst vor einigen Tagen einen schönen Ueberlandflug ausgeführt hatte, stürzte am Sonnabend in Arnheim bei einem Flug aus 100 Meter Höhe ab. Er geriet unter den Motor seines Apporates und erlitt so schwere Verletzungen, daß er auf der Stelle tot war.

Die Flugwoche von Givre-Trouville hat einen schweren Unfall gezeitigt, der dem Abiatiker Legagneux widerfuhr. Legagneux unternahm am Sonnabend gegen 7 Uhr abends seinen dritten Aufstieg für diesen Tag und umkreiste in etwa 10 Meter Höhe die Bahn, als bei einer Wendung ein Windstoß seinen Farmanzweibecker gegen einen Kurvenpfosten warf. Der Apparat fiel nach dem Anprall schwer zu Boden, sein Pilot wurde vom Sitz abgeschleudert und stürzte mit großer Gewalt neben den Trümmern des Apparates nieder. Man eilte dem Verunglückten sofort von allen Seiten zu Hilfe und fand ihn bewusstlos mit blutüberströmtem Gesicht; er wurde in die Ambulanz gebracht, wo die Ärzte eine tiefe Kopfwunde feststellten. Auch hatte Legagneux eine starke Gehirnerschütterung erlitten. Sein Zustand gibt indes zu ersten Besorgnissen keinen Anlaß und die Ärzte hoffen, ihn rasch wieder herzustellen. Legagneux ist bekanntlich einer der drei Helden des Rundfluges durch Ostfrankreich.

Als der Abiatiker Mars am Sonnabend auf seiner Curtismaschine einen Flug über den Rheinporter Wat unternahm, verfiel durch einen Bruch der Dampfmaschine plötzlich sein Motor, und der Apparat stürzte auf die Erde und zerbrach. Mars wurde mit knapper Not von Fischer vom Tode des Curtismas gerettet.

Der Zimmermeister Meesemann aus Buchholz bei Hamburg hatte einen eigenen Flugapparat konstruiert, mit dem er am Sonnabend Flugversuche unternahm, die anfangs sehr erfolgreich verliefen. Dann aber geschah das Unerwartete und Meesemann

Herr Dehle und die Kaiserkrone.

Der Christliche der Breslauer Zeitung hat sich die Rede Wilhelms II. zum zweiten Male durchgelesen, als er in anderen Mittern den allgemeinen Willen zu wahrer. Und bei dieser zweiten Durchsicht hat Herr Dehle nicht gefunden, daß in der Rede des Kaisers irgend welche Momente des Unwillens vorhanden wären. Nach Herrn Dehles ist aber der Passus über die Frauenfrage ein unglücklicher, aber erstlicher Schaden wird damit nicht angerichtet. Doch Wilhelm I. ist die Krone aus eigenem Recht auf's Haupt gesetzt und dabei noch hervorgehoben, daß sie von Gottes Gnade allein ihm verliehen sei und nicht von Parlamenten, Volkssammlungen und Volksbeschlüssen, hält Herr Dehle zwar nicht für ganz unanfechtbar, aber Wilhelm I. sei doch eben der Meinung gewesen, daß er seine Krone niemandem als Gott verleihe. Das das Dogma vom Gottesgnadentum eine rein theologische Bedeutung habe, darüber sei sich alle Welt einig. Wilhelm II. habe deshalb auch nur eine schändliche Wendung monarchischen Stills gebraucht, wenn er sagte:

„Als Instrument des Herrn mich betrachtend, ohne Rücksicht auf Tagesansehen und Meinungen, gebe ich meinen Weg, der einzig und allein der Wohlfahrt und friedlichen Entwicklung unseres Vaterlandes gewidmet ist.“

Schließlich betrachtet Herr Dehle sich die Stelle der Rede etwas näher, wo es heißt:

„... so sollen auch wir stets bereit sein, um vor allem unsere Pflichten zu erfüllen, im Hinblick darauf, daß unsere Nachbarmächte so gewaltige Fortschritte gemacht haben. Denn nur auf unserer Pflichten beruht unser Friede.“

Und dazu schreibt er:

Nach diesem können wir keinen Gedanken finden, den wir nicht schon oft von dem Kaiser und auch von anderen gehört hätten, daß nämlich eine gute Rüstung die beste Friedensbürgschaft sei. So, man kann sogar sagen, daß in dieser Sache außerordentlich viel Wahres steckt. Will man aber noch etwas anderes aus diesem Passus herauslesen, so wäre es doch höchstens eine Feststellung der Mittelungen, die wir schon längst vernommen haben, daß nämlich bei Ablauf des bestehenden Quinquennats gewisse Eränzungen in unseren Verteidigungsanlagen verlangt werden sollen. Soweit wir gehen haben, hat sich damals, als die Mittelungen etwas vor einem halben Jahre — zuerst auslachten, niemand sonderlich dadurch beunruhigt gefühlt, sondern es hat sich jeder gesagt: Wir wollen abwarten, was gefordert wird. Wir werden diese Forderungen prüfen und befolgen, was notwendig, und ablehnen, was überflüssig erscheint. Genau so aber steht die Sache auch heute noch nach des Kaisers Worten in Königsberg. Darum liegt also auch hier wiederum kein Grund zu besonderer Beunruhigung vor.“

Herr Dehle kommt dann zu folgendem Schluß:

„Das die Beunruhigung in der Tat hervorgerufen hat, das ist ausschließlich die Tatsache an sich, daß der Kaiser wieder begonnen hat, rednerisch, und zwar wieder um nicht besonders glücklich, in den Streit des Tages einzutreten. Alle Patrioten können nur aufs inbrünstigste wünschen, daß dieser Fall ein vereinzelter bleiben möge, daß der Kaiser wiederum in die Ruhe zurücktreten möge, die er sich in den letzten Jahren unter allgemeiner Dankbarkeit des Volkes erworben hatte, daß er kraftvoll regieren möge durch seine Einwirkung auf seine verantwortlichen Ratgeber und als oberster Anführer, daß er aber nach den Vorberern des Trators zu streben nicht wieder beabsichtigt möge. Er bedarf dieser Vorberer wirklich nicht; im Gegenteil: der Glanz der Majestät wird um so reiner strahlen, je mehr er sich von der Autorität ihrer Autorität in dem Disput des Tages geltend zu machen versucht.“

Die Regierung gegen die Ostkrankenverbände.

Die Tagungen des Zentralverbandes der Ostkrankenverbände sind der Regierung schon lange unbedeuten. Durch

die scharfe Kritik am Entwurf der Reichsversicherungsordnung wurde man vollends so aufgebrannt, daß Mittel und Wege gesucht werden mußten, um den Kritikern den Mund zu stopfen. Jetzt glaubt man endlich gefunden zu haben, wie den Krankenkassen das Reden verboten werden kann.

In Mühlhausen (Thüringen) sind mehrere Teilnehmer des vorjährigen Verbandstages von der Aufsichtsbehörde aufgefordert worden, die erhaltenen Delegationskosten an die Kassen zurückzahlen. Als Grund wird angegeben, daß auf dem Verbandstage keine Egerstände behandelt worden sind, die zu den Aufgaben der Kassen gehören! Aber der Verstoß wird von der Erfurter Regierung, welche die Verfügung angeordnet hat, gleich noch weiter ausgebeutet. Diese Regierung hat nämlich sämtlichen Kassen in Mühlhausen, die dem Zentralverband und dem Unterverband Sachsen-Anhalt angeschlossen sind, fernerhin untersagt, Beiträge aus Kassennitteln an diese Verbände abzuführen.

So entledigt sich die preussische Regierung lästiger Kritiker, die an ihrer reaktionären Arbeit etwas auszusetzen haben!

Erster Ueberlandflug Heidenreichs. Der Breslauer Aviatiker Fritz Heidenreich machte Freitag Nachmittag seinen ersten Ueberlandflug vom Gaudauer Exerzierplatz über Mariahöfen, Schmiedefeld und urid. Die Flugdauer betrug sieben Minuten.

Die „Schles. Jg.“ berichtet darüber: Der Breslauer Aviatiker Fritz Heidenreich hat in der letzten Woche weitere Fortschritte in der Flugkunst gemacht; er hat Flüge von mehreren Minuten absolviert und dabei Kurven, Kreise, Achten und andere Figuren in Höhen bis zu 20 Metern ausgeführt. Gestern machte er, wenig auch unbeabsichtigt, vom Gaudauer Exerzierplatz aus seinen ersten Ueberlandflug. Bei einer Kurve kam er nahe an die Häuser von Gaudau und mußte daher nach der anderen Seite ausbiegen, wodurch er außerhalb des Exerzierplatzes kam. Einmal draußen flog er weiter über den Bahndamm nach Mariahöfen zu, nahm dann den Kurs auf Neukirch, um in einer Kurve bei Schmiedefeld wieder nach dem Gaudauer Exerzierplatz zurückzuführen. Der Flug dauerte ungefähr sieben Minuten. Heidenreich ist nun soweit in der Flugkunst vorgeschritten, daß er nächste Woche in Breslau vor einer Kommission des deutschen Luftfahrerverbandes die Pilotenprüfung ablegen will. Er besitzt zurzeit zwei flughfähige Maschinen, mit denen er in Gaudau fliegt. Auf dem Fluglande der „Jg.“ in Mühlhausen baut er zurzeit an seinem dritten Apparat einen solchen eingetroffenen 40-PS-Flugmotor ein, mit dem er noch bessere Resultate zu erzielen hofft.

Der Schlesische Flugklub hat zwei Preise für schließliche Alieger ausgesetzt, den einen von 300 Mark für das Fliegen einer Meile im Maximaldurchmesser von zwei Kilometern, den anderen von 200 Mark für den schließlichen Flieger, der zuerst das Pilotenzeugnis erwirkt. Um beide Preise wird sich Heidenreich in nächster Zeit bewerben.

Abgewiesene Denunziation. In Augsburg besteht ein Konsumverein mit einer eigenen Bäckerei, der, weil er die Lebensmittel nicht nach überlässigerweise verteuert, den Bäckereimeistern ein Dorn im Auge ist. Als das Oligo aufgehoben wurde, sollte natürlich der Konsumverein den Preis herab und machte damit den Bäckereimeistern wieder einen Stroh durch ihre Spekulation auf höheren Profit. Nunmehr reichen die Innungs-Meister eine Denunziation ein, weil der Konsumverein Brot auch an Nicht-Mitglieder verläuft. Die Polizei war gelegentlich genug, auf die Denunziation hereinzukommen, belegte einen Lagerhalter mit 3 M. Geldstrafe und untersagte den ferneren Verkauf an Nichtmitglieder. — Das Schöffengericht hob jetzt diese Polizeistrafe auf mit der durch eine Reihe obergerichtlicher Entscheidungen und dem Wortlaut des Gesetzes gebotenen Begründung, daß der Verkauf von Eigenprodukten der Konsumvereine auch an Nichtmitglieder selbstverständlich nicht verboten werden kann.

Wahrung. Für Maurer des Zweigvereins Breg, die zurzeit in Breslau arbeiten, findet Mittwoch, den 21. August, Abends 7 1/2 Uhr, eine Versammlung im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses statt. Gaukler Köster ist anwesend.

Mitarbeiter der Parteipresse zu werden, sollte sich jeder Genosse, dem die Weiterverbreitung des Arbeiterblattes am Herzen liegt, angelegen sein lassen. Mancher Leser und manche Leserin glauben, „die“ in der Redaktion hören das Gras wachsen, sie wissen alles, was Wichtiges am Orte vorgeht. Ist zum Beispiel in einem Hause der Stadt oder Umgebung ein Unglücksfall passiert, dann bilden die Hausbewohner in ihre Zeitung, um zu sehen, was sie denn darüber schreibt. Doch enttäuscht legen sie ihr Blatt wieder zur Seite. Es ist nichts davon zu lesen. Verwundert fragt sich mancher, wie das möglich ist. Die meisten denken aber nicht daran, daß sie einen Teil der Schuld mit tragen, weil sie es unterlassen haben, sofort der Redaktion von dem Vorkommnis Mitteilung zu machen, denn auch ein Redakteur kann nicht überall sein — sein Platz ist während der Arbeitszeit die Redaktion. Was die Redakteur nicht von ihren Mitarbeitern und ihren Freunden erfahren kann auch nicht in der Zeitung stehen. Mögen das die Leser immer beachten. Jeder Leser der „Volkswacht“ kann mithelfen, seine Zeitung interessant und attraktiv zu gestalten, wenn er der Redaktion wichtige Vorkommnisse rasch und wahrheitsgemäß entweder persönlich, oder telephonisch, oder schriftlich mitteilt. Bei Mitteilung tatsächlicher Natur ist es durchaus nicht nötig, stillgerecht abgefaßte Mitteilungen einzuschicken; es genügt schon, wenn der Sachverhalt kurz und wahrheitsgemäß niedergeschrieben wird. Jeder Parteigenosse sollte es sich zur Pflicht machen, Mitarbeiter der „Volkswacht“ zu sein.

Der Ballon „Schlesien“, der Sonntag früh in Dirschberg anfliegen ist, landete gegen 2 Uhr glatt bei Groß-Willau im Kreise Rumpitz.

Gemeindevertreter-Stellung fand in Dirschberg am 23. d. M. statt. Es fehlten unentschuldig die Herren Regierungsbaumeister Wolfram und Bireglerwaller Nawerath. Bei der Eröffnung eines Schiffs wurde Schmiedemeister Müller gewählt.

Leichte Eisenbahnzüge. Eine bemerkenswerte Neuerung hat die bayerische Eisenbahnverwaltung eingeführt, die sogenannten leichten Züge. Diese Züge sollen wegen ihres geringen Gewichtes wesentliche Ersparnis an Material und Personal ermöglichen, und es ist zu diesem Zwecke ein eigener Typ von Wagen und Lokomotiven nach den Angaben des Verkehrsministeriums im Münchener Werk der Maschinenfabrik Krauss u. Co. in München bestellt worden. Am Sonnabend Nachmittag wurde probeweise der erste „leichte Zug“ auf der Strecke München—Gerching unter Beteiligung des Verkehrsministeriums v. Frauendorfer und einer Anzahl geladener Pressevertreter gefahren. Die Lokomotive für den leichten Zug wiegt mit der Ausrüstung für die Fahrt nur 28,7 Tonnen, während eine Schnelllokomotive neuester Bauart 130 Tonnen wiegt; der Kohlenverbrauch ist für den Kilometer 5,5 bis 7,7 Kilogramm. Die Lokomotive vermag einen Zug von 170 Tonnen auf weagerechter Bahn mit 65 Kilometern Geschwindigkeit in der Stunde zu befördern, auf einer Steigung von 10 Prozent mit 35 Kilometern. Die Wagen haben ein Gewicht von 1 1/2 Tonnen gegen ein solches von 32 Tonnen des Schnellzugwagens; sie haben nur zwei Achsen. Wegen der großen Leichtigkeit der Züge ist auch die Abnutzung des Oberbaues und der Schienen viel geringer; außerdem kann in den nicht zu großen Hängen der Dienst von Lokomotivführer und Peizer allein besorgt werden, da auch eine automatische Steuerung der Lokomotiven eingerichtet ist. So ist es möglich, mit viel geringeren Kosten als bisher eine größere Anzahl von Zügen zu fahren. Die leichten Züge sollen auch auf einer Anzahl von Hauptlinien gefahren werden.

Das Tuberkulose-Museum, Zwingerstraße 14, bleibt noch sechs Tage, bis einschließlich Sonntag, den 4. September, geöffnet. Dienstag Abends 8 1/2 Uhr wird Herr Dr. med. E. Korn bei der Führung durch das Museum insbesondere die Behandlung der Tuberkulose erläutern. Für den Mittwoch hat Herr Dr. med. Speck die Führung übernommen, der insbesondere über Anfertigung von Tuberkulose und Schutzmaßnahmen gegen dieselbe sprechen wird. Der Eintritt ist während der Besuchsstunden 11 bis 2 und 5 bis 9 Uhr, so wie bei den Vorträgen Abends 8 1/2 Uhr unentgeltlich.

An Fünfundzwanzigjährigen sind bisher für fünf Millionen Mark ausbezahlt worden. Weitere Prämien sollen erst dann stattfinden, wenn Erfahrungen darüber gesammelt sind, ob es der neuen Münze gelingt, sich im Verkehr einzubürgern. Der Schatzsekretär hat darüber Erhebungen veranlaßt. — Der Schatzsekretär ist gut, immerhin schon daran zu denken, wie er die mehr einer Spielmarke als einem Geldstück gleichende, unanständig geschmacklose Münzprägung, wie sie das umlaufende Fünfundzwanzigjährigenschild darstellt, durch ein anderes Prägungsprodukt ersetzen soll.

Schiffsunfälle. Während eines furchtbaren Sturmes ist am Sonnabend der Liverpooler Dampfer „Walter Gynn“ an einer Dockmauer ungeschlagen. Sechszehn Mann von der Besatzung wurden ins Meer geschleudert. Der Kapitän, der erste Ingenieur, der Steuermann und zwei Matrosen klammerten sich an das Brack und wurden erst nach mehr als einer Stunde, vollständig erschöpft, von einem Rettungsboot aufgenommen. Der zweite Ingenieur und ein Heizer ertranken. Der Kapitän liegt schwer krank darnieder. Weiter wird aus Cambellon telegraphiert: Das Torpedoboot Nr. 13 von der Portsmouth-Division der Flottenflotte wurde von einem heftigen Nordsturm bei Cambellon auf den Strand geschleudert. Die Felsen durchbohrten den Rumpf unter dem Mast; das Schiff liegt auf der Steuerbordseite in gefährlicher Lage.

Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen. In Rasunda in der Nähe Stockholm sind zwei elektrische Straßenbahnwagen in voller Fahrt aufeinander gestoßen. Der Anprall war so stark, daß beide Wagen vollständig zertrümmert wurden. Dreißig der Insassen wurden verletzt, zehn von ihnen so schwer, daß sie sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Von den Wahlverbänden in Nordamerika. Die Wahlverbände dauern an und richten immer noch ungeheure Verheerungen an. Sie fordern täglich neue Opfer. Die Stadt Flora ist völlig gerüstet worden.

Das deutsche Volksbadewesen. Die deutsche Gesellschaft für Volksbäder, die den Wahlkampf aufgestellt hat: „Jedem Deutschen wöchentlich ein Bad!“ hat eine Statistik über den Stand des Volksbadesens aufgenommen. Danach gibt es im Gebiet des Deutschen Reiches 2847 öffentliche Warmbäderanstalten, das ist eine Anstalt auf circa 21 000 Personen. Hierbei sind nur die öffentlichen Anstalten berücksichtigt; ausgeschlossen sind auch die Kurbäder. In den Anstalten waren insgesamt 18 968 Badewannen, 11 110 Bänken und 322 Schwimmbecken vorhanden. Nach den statistischen Feststellungen leben nur etwa zwei Fünftel aller Einwohner des Reiches in Orten mit öffentlichen Warmbäderanstalten. Auf 100 000 Einwohner kommen Badewannen in Württemberg 53,8, in Bayern 53,8, Baden 51,9, Preußen 50,0, Sachsen 48,3, Hessen 46,5 usw. Nach der letzten Volkszählung von 1906 hat sich ergeben, daß sogar von den mehr als 8000 000 Einwohnern abgehenden Gemeinden im Deutschen Reich 1906 mit einer Gesamtbevölkerung von 6 1/2 Millionen öffentliche Warmbäderanstalten überhaupt nicht besitzen.

Eine durchgreifende Besserung und die Verwirklichung des Wahlkampfes der Gesellschaft kann nur herbeigeführt werden, wenn das Badewesen nicht mehr ein Geschäft ist, sondern wenn sich die Gemeinde der Angelegenheit annimmt und öffentliche unentgeltliche Badewannen beschafft. Hier hat die gemeinnützige Liga für die Kommunalverwaltungen noch ein großes Arbeitsfeld. Die Deutsche Gesellschaft für Volksbäder sollte ihr Ziel hierauf richten.

16 Meter hoch ab. Der Apparat ist total zertrümmert. Reesemann selbst ist unverletzt davongelommen. Zu den Kosten des Apparates hatte die Gemeinde Buchholz 9000 Mk. beigetragen.

Landesverweisung eines dreijährigen Kindes. Die Münchener Polizeidirektion schreibt uns: Ungarische Blätter brachten vor kurzem eine Notiz über unannehmliches Vorgehen der Polizeidirektion München bei der Ausweisung eines dreijährigen, nach Ungarn staatsangehörigen Knaben, künftigen den Abdruck eines Schriftwechsels zwischen der Oberstadthauptmannschaft der k. ungar. Staatspolizei in Budapest und der Polizeidirektion München bei und bemerkten dann, daß das Kind auf dem Schiffe nach Ungarn spurlos verloren gegangen sei. Die Polizeidirektion glaubte von einer Heinerung zu der Angelegenheit absehen zu können, da die „Münchener Neuesten Nachrichten“ sich vor Veröffentlichung der ihnen aus Ungarn ausgegangenen Mitteilung hier bei den zuständigen Behörden erkundigten und dann — in Nr. 370, 373 und 374 — den wahren Sachverhalt in der Hauptsache zutreffend veröffentlichten. Da nun aber die Darstellung des ungarischen Blattes ohne die bereits hier gebachten Erklärungen in österreichischen und deutschen Blättern die Kunde macht, wird dazu weiterhin folgende Aufklärung gegeben:

Der angebliche Schriftwechsel zwischen der Budapest und der Münchener Polizei ist plumpe Erfindung. Die Polizeidirektion hat allerdings auf einen nach den bestehenden Grundsätzen aus armenpolizeilichen Gründen vollkommen zu Recht gestellten Antrag des Stadtmagistrats München mit Beschluß vom 28. Januar 1906 einen am 30. Januar 1906 in Götting in Ungarn geborenen und dortigen zuständigen Knaben, für dessen Unterhalt niemand aufkam und der deshalb auf Kosten der Staatskasse unterhalten werden mußte, auf 3 Jahre aus Bayern gewiesen. Seit dem 28. Januar 1906 sind aber seitens der Polizeidirektion in der Sache gar keine Verhandlungen mehr gepflogen worden. Nach Erledigung der Verwaltungsformalitäten mit Ungarn hat der Stadtmagistrat München das Kind am 20. April 1906 durch eine Frau nach Passau verbracht und dort den österreichischen Behörden übergeben lassen. Daß der Knabe auf dem Transporthilf durch Österreich verloren ging, ist zweifellos unrichtig. Es ist eine geeignete Persönlichkeit erboten, aus eigenen Mitteln für das weitere Fortkommen des Knaben zu sorgen, so wäre dessen Aufenthalt in Bayern, wie dies in ähnlichen Fällen noch stets geschieht, anstandslos zugelassen worden.

Gelehrter als Straftäter. Herr Richter hat die Angelegenheit des Straftäters in ihrem hübschen Buche erhellend erzählt und zugleich bemerkt, die Straftäter haben auch Straftäter zu sein, unternehmen zwei hundert Straftäter heute früh 9 1/2 Uhr eine Straftäterkavade

gegen die Süddeutsche Volksbuchhandlung in der Sendlinger Straße. Der „Wahre Jacob“ im Schaufenster der Buchhandlung hatte ihre schwer erworbenen sittlichen Begriffe ins Wanken gebracht. In diesen Werten wandten die Mitglieder der hiesigen Gendarmerie sich naturgemäß an die irdischen Kollegen und man sah, wie drei Hüter deutsch-böwarischer Moral in einem beneideten Haupt für eine Debatte pflogen, was zu tun sei, um München vor dem Schicksal Sooms und Gomorras zu bewahren. Der irdische Kollege schien aber in der Moraldebe der beiden Hochwürden nicht so gut bewandert zu sein, denn er bespottete den Anführer der hiesigen Gendarmerie nur mit Achselzucken.

Inzwischen und das ist die Moral von der Geschichte hatte der Vorgang einen Menschenanlaß hervorgerufen, der dem Absatz der Nummer des Wahren Jacob außerordentlich förderlich war. Denn in kurzer Zeit war der gesamte Vorrat vergriffen und der Nachfrage kann erst nach dem Eintreffen der telegraphisch bestellten Sendung genügt werden. O tempora, o mores!

Unschuldig verdächtigt. Von einer merkwürdigen Polizeiaktion berichtet unser Juidauer Parteiblatt aus der Gemeinde Auerbach bei Juidau. Ein 20-jähriges, schwangeres, bei einem Unstehender bedenkliches Mädchen hatte sich bei den Entarbeiten Schaden getan. Wegen Unwohlens mußte es nach Hause gehen. Auf dem Abort wurde das Mädchen plötzlich vorzeitig von Geburtswegen überrascht. Das Kind fiel in den Schlot. Nur durch das Schreien des Mädchens wurde ein im gleichen Hause wohnendes anderes Mädchen aufmerksam, worauf man sich bemühte, das Kind zu retten, was auch gelang. Am Abend desselben Tages starb es jedoch. Daß hier nur ein Unglücksfall in Frage kommen konnte, liegt auf der Hand. Gleichwohl alarmierte der Gemeindevorstand den Gendarmerie, und so wurde das Mädchen in fränkischer Post an einem zweimaligen Verhör unterzogen, um die Tatbestandsmerkmale eines Verbrechens zu ermitteln. Daß davon aber bei dem im siebenten Monat der Schwangerschaft stehenden Mädchen gar nicht die Rede sein konnte, hätten sich auch die Polizeigenossen ganz von selbst sagen müssen. Es ist bezeichnend, daß das Vergehen gegen das Mädchen in der Gemeinde großen Unwillen erregt hat.

Ursache der Brandkatastrophe der Weltausstellung. Aus den gerichtlichen Untersuchungen scheint hervorzugehen, daß das Feuer der Weltausstellung in dem Stande der belgischen Abteilung für Kunststoffe ausgebrochen ist.

Erfindung der Cholera in Oesterreich. Nachdem bis heute Vormittag weder in Wien noch in anderen Teilen Oesterreichs keine weiteren Cholerafälle eingetreten und auch die in Karabag interniert gewesene Choleraerkrankte infolge der Familie als vollständig gesund erlassen werden konnte, so beglückwünschten die Epidemiker die Erlöschen.

Bermischtes.

Die muffelste Schlange. Die indischen Pandere pflegen bei der Vorbereitung von Schlangen eine Mühseligkeit zu betreiben, und man hat nach dem Verhalten, das die Reptilien dabei beobachten, lange geglaubt, daß diese einen gewissen Sinn für Mühseligkeit besäßen. Nach Beobachtungen im Londoner zoologischen Garten erklärt jetzt Dr. Hornard die Meinung für irrtümlich, da die Schlangen auf jede Art von Geruch auf dieselbe Weise reagieren, gleichviel ob dies in den Düften eines Dubellacks oder in dem bloßen Rausch einer Peite besteht. Nur in einer Hinsicht scheinen die Schlangen eine bestimmte Empfindlichkeit zu haben, da sie nur durch hohe Töne aufgeregt werden, während tiefe durch das Schlägen einer Trommel oder auch die tiefen Noten einer Flöte keine Wirkung auf sie ausüben.

Der Gemeindefriedhof. Auch Vögel werden alt. Der Gemeindefriedhof von Neuburgweiler (am Ort Etingen in Baden) hatte seine Schutzhülle viele Jahre lang, und er war in Ehren alt und grau geworden. Der Rat der Dorfgemeinde beschloß daher, den Alten zu verkaufen und dafür eine junge Kräfte zu erwerben. Wenn Markt wurden für den alten Herrn geboten; das war gekundenes Geld. Der Käufer veräußerte den Hof wieder für zwölf Mark an einen „jungen Schlangen“ nach Karlsruhe bei Karlsruhe. Einige gründliche Nachforschungen mußte dann der Rat über sich ergehen lassen, und Schere und Ramm vollbrachten das letzte am Werk der Veräußerung. Resultat: tadellos! Am nächsten Tag wurde ein kräftiger Hof infiziert, und dieses Infekt las man auch in Neuburgweiler, wo man gerade ein solches Hornvieh brauchte. Einige Bevollmächtigte fuhren, wie die „Wüchener N. Nachrichten“ melden, nach der Vorstadt von Karlsruhe zur Besichtigung; der Hof hatte ein junges, schneidiges Aussehen und war billig; 45 Mark war halb geschenkt. Die Gemeinde-Bevollmächtigten schlugen ein und goßen mit dem „jungen Herrn“ am Hof infiziert in Neuburgweiler ein. Man wunderte sich ein bißchen, daß der Junge so wie von selbst den Stall des Alten fand — aber das machte der Geruch. „Böde habe ja ein gutes Niechvermögen.“ Bald darauf meckert auch eine Hege des Ortes vor dem Stall — zweimal — dreimal: erst spät antwortet ein müdes tiefes „Möööö“. Diese Stimme war bekannt! Herans aus dem Stall, ans Licht — alter Freund! Nichts, er war's! Die Neuburgweiler hatten ihren alten Gemeindefriedhof wieder mit 28 Mark gekauft und den Reisefloßen der sachverständigen Bodenkult-Kommission.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Donnerstags von 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Zuschriften sind nur ausnahmsweise erlaubt. **A. S.** Sie können ausgleichen, müssen aber für den ganzen Monat die Miete zahlen. **W. 100.** 1. und 2. Netz, nicht in der Marklinie, sondern in der Erdarbeiten-Verkaufsstelle, Kronprinzenstraße 23/25, werden schwangere Mädchen und Frauen zum Teil ungenügend aufgenommen. 3. Ja. 4. Nein heißt arbeitslos, unbefähigt, treuherzig. 5. Der Prozeß gegen Genossen Albert wegen der Volkskassette in Waldenburg ist am 1. September vor der Preisenkammer in Breslau. 6. Nein. **G. W.** Diese Kasse gebt an den Schwindelkassen. **J. C.** Wir können Ihnen leider nicht helfen. Fragen Sie, bitte, in Stuttgart an. **Verwalter C.** Ueber solche Dinge können wir nicht nach sechs Wochen erst berichten. Wer etwas für die Zeitung hat, muß es Reis sofort einreichen.

Besammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus. Montag, den 30. August: Buchdruckereiarbeiter. Versammlung im Zimmer 1. Schneider-Verband. Versammlung im Zimmer 2. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Vöherausgabe von 6-9 Uhr im Zimmer 7. Dienstag, den 30. August: Proffnan. Zimmer 2. Mittwoch, den 31. August: Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer. Arbeiter-Sängervereinigung Breslau. Schlußwöchentliche Probe. Abends 8 1/2 Uhr im Saale. Gesungen wird: „Tantale“, „Deute ist heut“, „Nicht verjagt“, „Einfuhr“. Arbeiter-Radsfahrer. Zimmer 1. Polzarbeiter-Verband. Maschinenarbeiter. Versammlung im Zimmer 2. Handlungsgehilfen. Versammlung im Zimmer 3. Stenographen. (System Arends). Zimmer 7.

Donnerstag, den 1. September. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Vöherausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7. **Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land-Neumarkt).**

Direkt. Böhmelwig. Mittwoch, den 31. August, findet eine Zusammenkunft der Vertreter zum Zweck einer Aussprache bei Stanil, Promnitzstraße 14, statt.

Strehlen. Wahlverein. Dienstag, den 30. August. Abends 8 Uhr, findet bei Hofmann eine Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur Wahlkreisversammlung und Anträge.

Piegnitz. Flugblatt-Verbreitung. Montag, 28. August. Mühlgraben betreffend. Ausgabe von 6 Uhr Abends ab im Gewerkschaftshaus.

Wer seine Zeitung pünktlich haben will,

muß eines in erster Linie beachten: Die genaue Angabe seiner Wohnort! Wer nun am 1. September vergißt, ist gut daran, folgenden Schein genau auszufüllen und der Zeitungsfrau mitzugeben:

Bisherige Wohnung: _____

Wo wohnen Sie nach dem 1. September? _____

Vor allen Dingen vergesse man nicht, seinen Vor- und Nachnamen auf die folgende Linie zu setzen:

Wer dies tut, erhält pünktlich seine Zeitung in die Wohnung.

Am 27. August verschied nach langen, schweren Leiden meine innigstgeliebte Gattin, Frau 4245

Ida Kosmalki
geb. Kuhnt.

Dies zeigt schmerzvoll mit der Bitte um stille Teilnahme an **Adaibert Kosmalki**, Schneidernstr. Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Hummerl 27, aus nach St. Dorothea.

Am 27. d. Mts. verschied nach langen, schweren, mit Geduld ertragenen Leiden unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Maschinenwärter 4244

Paul Kutschke

im blühenden Alter von 33 Jahren. Dies zeigt schmerzvoll an **Die Ueffrauenden Hinterbliebenen.** Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Gross-Tschansch 59, aus.

Schauspielhaus

Montag, Mittwoch, Donnerstag 8 Uhr: „Das schwarze Schafflein“. Dienstag, Freitag 8 Uhr: „Madame Bonivard“.

Liebig's Etablissement

Heute Montag: **Sylvester Schäffer Jr.** und das brillante **Eröffnungs-Programm.** Zu Gast: Sobanski.

Viktoria-Theater

Täglich: „Breslau! was sagst Du nu!“ Revue in 6 Bildern mit **Henry Bender.** Anfang 8 Uhr. Preise wie gewöhnlich.

Zoltgarten

Dr. H. Krastnik. Nur noch 3 Abende! **Das brillante Weltstadt-Programm** **Entre 10 Pfg.**

Palmengarten

Dr. H. Krastnik. Montag, Dienstag u. Mittwoch **Wacht das Lokal geschlossen** wegen Annahmungs der neuen Dekoration **Original-Palmengarten.** Eröffnung 1. September.

Tuberkulose-Museum.

Brüderstraße 11. Dienstag geöffnet: 11-2 und 5-9 Uhr. Abends 8 1/2 Uhr: Führung und Vortrag des Herrn **Dr. med. E. Korn** Eintritt frei!

Feuerversicherung

sowie Lebensversicherung auch für Kinder, vermittelt 1744 **Ernst Zahn,** Ritterplatz 5, III.

Gelegenheits-Käufe

in gut gearbeiteten neuen und gebrauchten **Möbeln** Bettstellen u. Matr. u. Betten 25 Mk., Schrank 24 Mk., Büchschloß 36 Mk., Sessel u. Kaffbaum-Ginischl. Spottbillig. **Bequemste Teilzahlung** Max Giesel, Brüderstr. 5, part. u. 1. Stg.

Rohtabake,

seiner Zigarren eigenen Fabrikats und Zigaretten, für Händler billige Preise **Johannes Kubis** Gneisenaustraße 17 2te Etage.

Verkauf = Marktstaschen

Spottbillig 4247 **Bendig, Endaustraße 27.** — Auch Koch- u. Schriftwaren. —

Rechte u. Pflichten des Mieters

nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch Kommentar gegen Mietsrecht von Rich. Lipinski. Preis pro Exempl. 20 Pfennige. Die Broschüre ist sachkundig auf Grund der Motive und der Denkschrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet und ist ein höchst tüchtiger Führer durch das Mietsrecht. **Buchhandlung Volkswacht.**

Buzmacherinnen

welche flott Schleifen arbeiten können, finden während des ganzen Jahres angenehme und gut bezahlte Beschäftigung. **Moritz Lewy, Nachf., Schirmfabrik** Gartenstraße Nr. 3. 4240

Wir empfehlen:

Los von der Kirche.

Eine durch drei Ordnungsrufe und Wortentziehung unterbrochene, aber im Feenpalast zu Berlin vollendete Landtagsrede von Adolph Hoffmann.

Preis 20 Pfennige.

Buchhandlung „Volkswacht“

Sieben erschienen!

Die Taktik der **badischen Sozialdemokratie** und ihre Kritik

von Wilhelm Kolb.

Preis 25 Pfg.

Zu beziehen: **Buchhandlung Volkswacht.**

Das Reichs-Regiment auf der Anklagebank.

Rede des Reichstags-Abgeordneten **Dr. E. David**

nach dem amtlichen Stenogramm über die Sitzung des Reichstages am 30. März 1909.

Sie gibt einen klaren Ueberblick über die großen Fragen der inneren Politik, die zurzeit im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen. Mit schneidendem Bohn wird das tägliche Verjagen des Wilkom-Blacks in Sachen der Finanzreform und der Verfassungreform gezeihelt. Auch sind die Enthüllungen über die Geheimkonferenz der Grubenherren von hervorragender agitatorischer Bedeutung. Zum Schluß stellt Genosse David dem korrupten, herrschenden System die großen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Forderungen der Sozialdemokratie in überaus wirksamer Weise entgegen.

Preis 15 Pf.

Buchhandlung „Volkswacht“.

Omnibus-Verbindung nach Brodau.

Am Sonntag, den 4. September cr., verkehren anlässlich der Brodauer Festwoche von nachmittags 2 Uhr ab Omnibusse von Rothscham (Endstation der Straßenbahn) über Klein- u. Groß-Tschansch nach Brodau, Festwiese. Fahrpreis bis Gr.-Tschansch 10 Pfg., bis Brodau 15 Pfg. 4242

Breslauer Omnibus-Verkehr. Elektrische Straßenbahn Breslau.

„Zum Lessing“, Adalbertstr. 10.

Saal mit Theaterbühne für Vereine, Festlichkeiten, Hochzeiten gratis. 5862

Sieben erschienen:

Illustrierter Neue Welt-Kalender für 1911 35. Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Kalendarium. — Postales. — Beachtenswerte Abreisen. — Statistisches. — Rückblick (mit Illustrationen). — Wessen und Wäute. — Im Kreislauf des Jahres. — Die Niedergerichten — reiten! Von Heinrich Gerdel. — Geldene Worte. — Die Jubiläums-Forte. Eine lustige Geschichte von H. Ger (mit Illustrationen). — Landarbeiterkucht. Von Otto Braun. — Vision im Gefängnis. Gedicht von Richard Wagner. — Eine neue Waffe. Von Simon Kapustin (mit Illustrationen). — Schachlieb. Gedicht von Wlonsk Peggold. — Der Käse. Erzählung von Clara Wiedig (mit Illustrationen). — Geschichtliche Mitteilungen. — Auf partei-geschichtlichem Boden in Westpreußen. Von Dr. A. Konrad (mit Illustrationen). — Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten (Statistisches). — Revolution in der Verkehrstechnik. Von Felix Hinte (mit Illustrationen). — Nacht im Hafen. Gedicht vom Schelm von Bremen. — Sport und Arbeiter. Von Dr. A. Silberstein (mit Illustr.). — Zwei Riesenstreits (mit Illustrationen). — Unsere Toten (mit Porträts). — Barcelona. Eine Episode (30. Juli 1909). Gedicht von Ludwig Jellen. — Fliegende Blätter: Der Untergang. Humoreske von Paul Eberling (mit Illustrationen). — Für unser Käseleben. — Außerdem vier Bilder: Sonntagsschmitz. — Reis Frauen, ihre Rechte kann kennen so hat, als heimliche Hebe, von der niemand nichts weiß. — Jugend und Alter. — Malbinnen. — Ein Dreifarbenbrud auf Kunstbruderpapier: Stein Koper. — Ein Wandkalender.

Preis 40 Pfennig.

Bei Einzelbezug bitten wir um Einzahlung des Betrages nebst 10 Pf. in deutschen Reichsmark für Porto.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung „Volkswacht“.

„In freien Stunden“.

Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige

Wir empfehlen Remittenden-Exemplare:

Werther der Jude.

Roman von Ludwig Jacobowski.

Die ungekürzte Volksausgabe (über 250 S. Umfang) statt Mk 3.— nur Mk. 6.00.

In der bekannten Zeitschrift „Nord und Süd“ schreibt Karl Bienenstein: „... der Roman Werther der Jude, der die Judenfrage behandelt. Es ist ungemein schwer, über dieses Buch zu schreiben, bran man muß gewärtig sein, mit jedem Wort auf wütenden Widerspruch und fanatischen Unverständnis zu stoßen. Sind es doch herzutage nur Wenige, die der Judenfrage objektiv gegenüberstehen. Wenn das Buch trotzdem schon die dritte Auflage erreicht hat, so ist das wohl in erster Linie seinem poetischen Wert zuzuschreiben.“

Alle, die den leider so früh verstorbenen Jacobowski nur als den feinsinnigen Epiker kannten, werden über dieses Prosawerk entzückt sein.

Buchhandlung Volkswacht.

8. Internationaler Sozialistischer Kongress.

Kopenhagen, 28. August 1910.

Der prächtige Saal des Kongresspalastes ist die Stelle, wo die Internationale tagt. Weinacht ist es zu klein für die ungeheure Menge von Delegierten, die aus allen Teilen der Welt zusammengelassen sind. Die Säulen, die den Eingang des Gebäudes flankieren, sind rot umwunden. Ein breites Banner trägt die dänische Aufschrift: „Kongress Internationaler Sozialistischer Kongress“. Der Saal selbst hat einbrunnensozialistisches Schmuck angelegt. Die Wand der Rednertribüne zeigt auf einer Mosaikplatte die beiden Hemisphären, die durch ein Band mit dem alten Kampf der Internationale: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ verbunden sind. Links und rechts davon hängen im Kuppelraum die dänischen Partei- und Gewerkschaftsfahnen herab. An den Galerien steht man zwölf Banner in den Farben und mit den Wappen der großen Nationen. Für Deutschland ist schwarz-rot-gold gewählt. In vier Sprachen: dänisch, deutsch, englisch und französisch, sieht man das auf kurze Formeln gebrachte Programm der internationalen Sozialdemokratie. Diese Aufschriften lauten: Die Arbeit ist die Quelle des Reichtums! Wir kämpfen um die Solidarität! Wissen ist Macht! Religion ist Verblöschung! Unterdrückung der Klassenunterschiede! Keine nationalen Monopole! Sex Gleichheit! Das höchste Gesetz! Allgemeine, für alle gültige Gleichheit! Achtstündiger Maximalarbeitsstag! Die Abrüstung bedeutet den Frieden! Daselbe Recht für Frau und Mann! Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!

Die Delegierten sind an neun, immer durch einen Durchgang geschiedenen Tafeln untergebracht. Die erste Tafel links vom Präsidium wird von der schwedischen Delegation eingenommen. Deutschland besetzt die zweite und dritte Tafel, Österreich die vierte. Die fünfte Tafel in der Mitte ist für folgende Nationen bestimmt: Serbien, Türkei, Rumänien, Argentinien, Spanien, Portugal, Japan, Griechenland, Südafrika, Australien, Luxemburg, Italien, die Schweiz, Russland und Polen. Die sechste Tafel gehört Belgien, Ungarn, Kroatien und Böhmen. An der siebenten Tafel liegen die Plätze für Holland und Frankreich, an der achten die für Finnland, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Norwegen, während die letzte rechte Tafel von Großbritannien eingenommen wird. Die große dänische Delegation hat unten keinen Platz mehr gefunden. Sie nimmt daher die Galerie rechts ein, während die Galerie links für die 25 Pressevertreter die sich zur Tagung eingestellt haben, reserviert ist. Die vollkommen überfüllte Mitteltribüne ist für die Zuhörer bestimmt.

Um 1/11 Uhr wird der Kongress mit dem Vortrag einer Kantate eröffnet, die von A. P. Meyer, dem bekannten sozialdemokratischen Schriftsteller, Agitator, Dichter und Abgeordneten verfasst und von E. Sönd, einem Kopenhagener Kapellmeister, komponiert ist. In der Kantate finden sich die Nationen zu einem Völkereigen der Freiheit und des Friedens zusammen. Die Motive nationaler Freiheitslieder erklingen, von Solos unterbrochen, bis sich das Ganze zum mächtigen Massengesang der Internationale vereinigt. In der Mitte, nachdem Frankreichs Marschmusik den Saal durchdringt hatte, war die Kantate geteilt, und in der Musikpause trat Dr. Gustav Kautz, Mitarbeiter des „Sozialdemokraten“ und Reichsratsabgeordneter, die Rednertribüne und, indem er selbst seine Worte französisch, deutsch und englisch übersezt, führte er das Folgende aus:

Genossen! Wir haben in dieser Kantate versucht, das Gefühl auszusprechen, das uns befeuert und das den Boden bildet, auf dem wir hier zusammenzutreten, das Gefühl internationaler Solidarität des kämpfenden Proletariats aller Länder der Welt. Dieses Gefühl ist in der dänischen Sozialdemokratie immer gelebt und ist, wie das bei einem so kleinen Lande natürlich ist, besonders stark hervorgetreten hier, wo es von der äußersten Wichtigkeit ist, bei den Bewegungen der großen Kulturländer Belohnung und Anerkennung zu suchen. Von den allerersten Anfängen an war die dänische Sozialdemokratie eine Sektion der internationalen Arbeiterassoziation. Während eines 40jährigen Festen und ununterbrochenen Wachstums haben wir in Dänemark immer die enge Verbindung mit den Genossen der fremden Länder zu pflegen gesucht. Es geht zu unseren Schönen und erhebenden Parteiveranstaltungen, das wir vor 27 Jahren, im Jahre 1883 der deutschen, unter der Verfolgung des Sozialistengesetzes stehenden Sozialdemokratie eine Freistätte bieten konnten. Und eine reiche Quelle der Kräftigung hat der revolutionäre Geist in unseren Reihen gefunden im Verkehr mit den Hunderten russischer Parteigenossen, die nach der Revolution flüchtend vor dem Terrorismus der Kontrorevolution, Dänemark durchzogen, und denen wir freundschaftlich Beistand geleistet haben, soweit es möglich war. (Lebhafte Beifall.) Auch in anderer Weise haben wir nicht in einzelnen Ausnahmefällen, sondern ständig jahresweise das Land gefüllt, das uns mit den fremden Völkern verknüpft. In Dankbarkeit gedenken wir der moralischen und materiellen Unterstützung, die uns bei der großen Auswanderung von 1899 gewährt wurde. Und wir selbst haben uns immer bestrebt, nach bestem Vermögen unsere Schuldigkeit zu tun, wenn in fremden Ländern große Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital ausgefochten wurden. (Beifall.) Ich übertrage nicht, wenn ich sage, das der Mahnruf des Kommunistischen Manifestes:

„Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“

für die dänische Sozialdemokratie mehr als eine feierliche Nebenbarm geworden ist, das er uns ins Blut gegangen ist. (Stürm. Beifall.) Mit tiefer herzlicher Freude anbieten wir daher dem 8. Internationalen Sozialisten-Kongress den Willkommensgruß in unserer Stadt, im Herzen von Kopenhagen, wo die Klassenkämpfe der dänischen Gesellschaft auf die höchste Spitze getrieben sind, in einem Stadtviertel, wo die allerreichste Aristokratie und das allerärmste Proletariat unmittelbar nebeneinander wohnen, in einem Stadtviertel, wo der König seine Residenz hat und in dem ein sozialdemokratischer Reichsratsabgeordneter gewählt worden ist. (Stürm. Beifall.) Während die Klassenkämpfe überall in der Welt sich verschärfen, während das Kapital seine Herrschaft und Ausbeutung der großen Volksmassen steigert, während die kapitalistische Weltwirtschaft ständig drohende Kriegsgefahren hervorruft und dem wachsenden Weltkrisen immer neue Nahrung zuführt, dem Völkern aber immer neue Lasten auferlegt werden, wollen wir hier Waffenschwiedezur Überwindung aller Klassenkämpfe nach innen und internationalen Gegenstände nach außen zur Befreiung aller Ausbeutung, Knechtschaft und Erniedrigung. (Stürm. langanhaltender Beifall.)

Wir fühlen es, wir wissen es, dass wir uns mit raschen Schritten unserem Ziele nähern, der Tag geht und, wie in der Kantate hier. Die Zeiten sind vorüber, da wir schwere Kämpfe um unser Dasein führen mussten. Jetzt geht der Kampf um unsern Sieg

(Stürm. Beifall.) Hinter uns liegt das Dunkel, vor uns die Helle, laßt ein altes dänisches Sprichwort. In der Hoffnung, das die Verhandlungen dieses Kongresses vom Geist internationaler proletarischer Brüderlichkeit getragen sein werden, in der Hoffnung, das die Arbeiter dieses Kongresses beitragen werden zur Klärung der Taktik, der wir folgen müssen, um unser großes Ziel zu erreichen, in der Hoffnung, das wir alle von diesem Kongress zurückzuführen werden mit verstärkter Energie zum gemeinsamen Kampf in den verschiedenen Ländern für die Befreiung des Proletariats, entbiete ich Ihnen die dänische Sozialdemokratie noch einmal ein herzlich Willkommen. (Stürm. langanhaltender mehrfach wiederholter Beifall.)

Dann wurde die Kantate beendet. Beim Schlusssong der Internationale erhoben sich die Kongressmitarbeiter und das Publikum und stimmten im Chor ein. 500 Arbeiterführer der Kopenhagener Gewerkschaften brachten die Chöre in prächtiger Reinheit zu packender Wirkung. Orchestermusik der Königlich-dänischen Theaters führten den instrumentalen Teil aus. Auch die Solos wurden von Mitgliedern des Königlich-dänischen Theaters von dem Tenoristen Nielsen, dem Baionetten Solzer und der Sopranistin Korngard-Anse vorgetragen. Das schöne Werk und die vollendete Darstellung liefen gleich in der ersten Stunde den Internationalen Kongress in einen gewaltigen Sturm tiefer Begeisterung ausbrechen. Nachdem der Beifall verklungen war, wurde dem anwesenden Dichter, dem Abgeordneten A. P. Meyer eine stimmungsvolle Odeation dargebracht. Dann nahm das Internationale Sozialistische Bureau seine Plätze auf der Tribüne ein und Wandevelde übernahm den Vorsitz mit den Worten: Im Namen des Internationalen Sozialistischen Bureau erkläre ich den 8. Internationalen Sozialistischen Kongress für eröffnet und erziele sofort das Wort dem Vizepräsidenten, Genossen Stauding im Namen der dänischen Genossen.

Genosse Stauding hielt dann folgende Paraphrasenansprache: Partei und Kameraden! Namens der dänischen Sozialdemokratie heiße ich den 8. Internationalen Sozialistischen Kongress herzlich willkommen in Dänemark und in Kopenhagen. Es ist das erste Mal, das die Vertreter der organisierten Arbeiterklasse der ganzen Welt in unserem kleinen Lande versammelt sind und wir sind stolz auf die Ehre, die hierdurch unserem Lande und der dänischen Sozialdemokratie erwiesen wird. Die Vertreter der internationalen Sozialdemokratie sind also nun die Gäste Dänemarks und ich glaube Ihnen die Versicherung bieten zu dürfen, das man Ihnen vor allen Seiten Gastfreundschaft erweisen wird. Ich gebe mich der Hoffnung hin, das die Weltkriege, die Sie in unserem Lande fassen werden, uns einige Schritte dem Frieden und der Völkerverbesserung näher bringen mögen. (Lebhafte Beifall.) Die Sozialdemokratie hier in Dänemark erhebt ihre Haupt unter dem Einfluss der Freiheitsbestrebungen Frankreichs in der Welt. Die Jahre 1843 und 1871 hinterließen tiefe Spuren in der Geschichte der dänischen Sozialdemokratie. Und sicher sind wir seit 1871 unter der Fahne der Internationale einer Gesellschaftsform entgegengetreten. Unter der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit herrschen werden. Am Laufe der vergangenen 40 Jahre haben wir unsere Organisation und unsere Presse auf dem Feld der Internationalen aufgebaut. Die Arbeiter der einzelnen Länder können wohl durch ihre eigene Arbeit Verbesserungen erzielen, aber die große Befreiung der gesamten Arbeiterklasse ist nur durch

internationalen Zusammenwirken

und durch internationalen Verständigung, durch den vereinten Kampf gegen den Kapitalismus möglich. Diese Erkenntnis hat sich auch bei den dänischen organisierten Arbeitern Bahn gebrochen und deshalb sind wir stolz und beglückt, das wir heute der Arbeiter-Internationalen ein herzlich Willkommen der dänischen Kameraden zuwenden können. (Lebhafte Beifall.) Wir hegen die Überzeugung und haben den ehrlichsten Willen unseren Platz in der Internationale wieder wettzumachen und voll aufzufüllen, und wir hoffen und wünschen, das dieser Kongress sowohl Güter wie unserer Arbeit für unsere hehre Sache förderlich sein wird. Dänemark ist nur ein kleines Land. Wir haben nichts Großartiges, was wir unseren Gästen zeigen könnten, wir haben nichts Kolossales, nicht die großen Bahnen an Stimmen und Mitglieder, wie unsere Genossen in den großen Ländern. Gleichwohl dürfen wir behaupten, das die von uns angeführte Arbeit nicht vergebens gewesen ist. Unsere 100.000 Stimmen, unsere 28 Reichsratsabgeordnete, die Hälfte der Plätze in der Stadtratsverwaltung von Kopenhagen, unsere 33 sozialistischen Blätter und unsere 120.000 Abonnenten, unsere 120.000 gewerkschaftlich organisierte Mitglieder und die Führung der ökonomischen und kulturellen Lage der dänischen Arbeiter, das ist das, was wir unseren ausländischen Kameraden zeigen können, das sind die augenfälligen Erfolge unserer Arbeit. Erfolge, welche durch unsere Arbeit auf der Basis der internationalen sozialistischen Idee erzielt worden sind. (Lebhafte Beifall.)

Die dänischen Arbeiter fühlen sich durchaus als Teilnehmer an der größten und bedeutungsvollsten Bewegung unserer Zeit, sie verstehen die weltgeschichtliche Mission, die die Arbeiterklasse zu erfüllen hat. Sie werden zu jeder Zeit ihren Mann stellen im Kampf gegen das kapitalistische Joch. Man kann nicht verlangen, das die arbeitende Bevölkerung des kleinen Dänemark an der Spitze marschieren soll. Aber sie werden die dänischen Arbeiter gleichwohl stets kampfbereit finden und bereit von dem besten Willen, ihre Pflicht den übrigen Klassen gegenüber zu jeder Zeit erfüllen, indem das von uns erstrebte Ziel dasselbe ist, was unseren Bruderorganisationen in allen Ländern vor Augen steht. In diesem Sinne entbiete ich Ihnen unseren Willkommensgruß zur Arbeit auf diesem Kongress. Nochmals willkommen in unserem kleinen Land. Laßt den Geist der Einigkeit über Euren Beschlüssen walten, laßt uns kämpfen gegen gesellschaftlichen Unrecht mit vereinten Kräften. Wir schauen uns in diesem Augenblick um das schöne Ziel des Sozialismus. Gehen wir in den Kampf. Kapitalismus ist Sklaverei. Sozialismus aber ist Freiheit und Friede. (Stürm. wiederholter Beifall.)

Im Namen der internationalen Sozialdemokratie dankt Wandevelde den dänischen Genossen aufs herzlichste für den brüderlichen Geist der Freiheit, die sie dem Kongress offenbaren. Als wir beschließen haben, diesen Kongress in Kopenhagen abzuhalten, waren wir von dem Bestreben geleitet, der dänischen Bewegung unsere Unterstützung darzubringen, die Bewegung, die mit die ernsthafteste, fleißigste und unermüdbarste ist, deren wir uns in der Internationale erheben können. Genosse Stauding hat Ihnen nicht alles gesagt, woran die dänische Bewegung stolz sein kann. Bewundernswert ist der Fortschritt von 700 Stimmen im Jahre 1878 zu den 98.000 Stimmen im Jahre 1910. Aber wenn wir auch die Stimmen bei den Parlamentswahlen als kräftigen Ausdruck für die innere Stärke der sozialistischen Parteien nehmen, so gewahren diese 98.000 Stimmen, abgegeben von Männern über 20 Jahre, doch kein volles Bild von der Kraft und Intelligenz der dänischen Sozialdemokratie. Ihre höchste Bedeutung gewinnen sie erst, wenn wir sie zusammenschließen mit den sozialistischen und fleißigen Fortschritten, die durch die dänische Sozialdemokratie erzwungen worden sind. Neben diesen 98.000 Stimmen stehen in Dänemark 120.000 Gewerkschaftler und 120.000 Leser der Parteipresse. (Stürmischer Beifall.) Mit Stolz kann die dänische Sozialdemokratie darauf hinweisen, das jeder sozialdemokratische Wähler hier zugleich Gewerkschaftler und Leser der sozialdemokratischen Presse ist. Aus diesem Grunde haben wir geglaubt, dem Kongress der Internationale, der mehr ein Kongress proletarischer Meinungsarbeit als feuriger Kampfes- und Kollisionskongress sein wird, auf seinem günstigsten Boden als dem dänischen abhalten zu können. (Bravo!) Genossen! Es war früher Sitte, das Programm der Internationale mit dem Redner der einzelnen

Länder über ihre Fortschritte im letzten Jahre zu eröffnen. Um Zeit zu sparen, sind wir auf den letzten Kongressen davon abgesehen, und auch diesmal werden Ihnen die Berichte der nationalen Sekretorien über den Stand der Bewegung in einem stilleschen Saal gedruckt vorgelegt werden. Sie werden aus diesen Berichten erfahren können, das hier

Internationale heute 33 Nationen angeschlossen sind, namentlich alle Länder Europas, die wichtigsten Staaten Nord- und Südamerikas, ferner Japan, Südafrika und Australien. Die Berichte sind nicht ganz vollständig, aber Sie werden daraus entnehmen können, das die Weltmacht der Internationale im gegenwärtigen Augenblicke acht Millionen Anhänger umfaßt. (Beifall.) Wir sind nicht nur eine gewaltige, sondern auch eine ständig wachsende Macht. Mit wenigen Ausnahmen sehen wir überall ein erkennliches Anwachsen der sozialistischen Parteien. In den letzten drei Jahren seit dem Stuttgarter Kongress hat die Bewegung nur in Finnland, Ungarn, Ungarn und Argentinien Rückschläge erlebt, aber der Rückgang der organisierten Mitglieder in diesen Ländern ist nur Schein, nicht Wirklichkeit; denn überall, wo er eingetreten ist, beruht er nur auf der Anwendung brutaler Gewalt durch den herrschenden Kapitalismus, auf der heuchlerischen Gewalt in den bürgerlichen Republiken, auf der unverhüllten nackten Rohheit im Machtwort der russischen Zaren, aber jedenfalls auf Gewalt. (Stürm. Beifall.) Gewalt aber kann und nicht dauernd zurückhalten, denn auf Bajonetten kann man nicht sitzen, sondern dann nicht, wenn diese Bajonette intelligent werden. (Stürm. Beifall.) Auch in den vier genannten Ländern hat die Gewalt die Parteistärke des Klassenbewusstseins Proletariats nur gesteigert. Unter dem Ausnahmestand wuchsen die sozialistischen Organisationen in Argentinien, machte die Bewegung für das allgemeine Wahlrecht in Ungarn gute Fortschritte und das Blut der Arbeiter, das die russische Erde getränkt hat, wird den Boden nur fruchtbar machen für die Ernte der sozialen Revolution. (Lebh. Beifall.)

In allen anderen Ländern ist die Bewegung weiter fortgeschritten. Amerika konnte uns in Stuttgart zum ersten Male über die Stimmengabe von einer halben Million berichten. Glänzende Wahlergebnisse haben seitdem bestätigt, das die Kraft des internationalen Sozialismus weiter wuchs. Auch England konnte zuerst in Stuttgart die neuorganisierte Labour Party, die nichts weiter ist, als die Resultate der Gärung der sozialistischen Gese in den englischen Arbeitermassen, berichten, das sie mit mehr als 40 Abgeordneten in das Unterhaus eingezogen war. Einzelne kleine Verluste, die sie bei den letzten Wahlen erlitten hat, sind weit mehr als ausgeglichen worden durch den Anstich der kompakten Masse der Belegschaften. Die österreichischen Genossen konnten in Stuttgart voriges Jahr über einen Weiserreich berichten, den sie vollstimmig, als sie bei den ersten Wahlen unter dem allgemeinen Stimmrecht die stärkste Fraktion der sozialistischen Internationalen schufen. Selbst haben sie die Zahl ihrer Abgeordneten noch weiter gesteigert. In Stuttgart mußten wir auch Deutche entgegennehmen von Wahlmiederlagen der sozialistischen Parteien in einzelnen Ländern. Aber gerade in diesen Ländern hat seitdem die sozialistische Bewegung die raschesten Fortschritte gemacht. In der Schweiz waren wir zur Zeit des Stuttgarter Kongresses auf zwei Mitglieder im Bundesparlament herabgefallen. Jetzt haben wir deren mehr als zuvor. In Belgien ist die Zahl unserer Abgeordneten von 25 auf 35 gestiegen. In Italien hat sich die Fraktionsstärke nahezu verdoppelt. In Frankreich haben wir bei den letzten Wahlen einen schönen Sieg errungen und die Wahl von 75 geeinigten Sozialisten und der endgültige Verfall der unabhängigen sozialistischen Bewegung ist der glänzendste Beweis für die innere Kraft unserer Weisheit des Klassenkampfes. Was dem französischen Sieg die besondere Bedeutung verleiht, ist die Tatsache, das wir ihn der sozialistischen Einigkeit verdanken. Das ist ein mächtiges Argument für die Länder, in denen noch heute die Kraft der sozialistischen Bewegung geschwunden ist, und das muß auch sie mächtig hinweisen auf die Notwendigkeit der Einigkeit des gesamten Proletariats. (Lebhafte Beifall.)

Als wir in Stuttgart zusammenkamen, hatte aber auch die deutsche Sozialdemokratie die große Wahlmiederlage seit den Zeiten der Bismarckischen Reaktionen erlitten. Gleichwohl empfingen uns die deutschen Genossen mit ständlicher Sicherheit. Wüsten Sie doch, das die Stimmengabe und die innere Kraft der Partei gewachsen waren. Heute steht es vor aller Welt fest, das die deutsche Sozialdemokratie stärker und machtvoller ist als jemals.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat ihre Mitgliederzahl so vermehrt, das sie die der englischen Trades Unions übersteigt hat. Das gleiche Wahrscheinlich ist in einzelnen Bundesstaaten bereits zum Siege gelangt und in den anderen, vor allem in Preußen, wird der Kampf dafür mit aller Energie weitergeführt. Gerade die Wahlrechtbewegung in der einzelnen Bundesstaaten beweist uns, das trotz des mittelalterlichen Vorkriegsstandes die Zukunft der Sozialdemokratie dem Volkswillen gehört. Selbst die bürgerlichen Politiker prophezeien heute der deutschen Sozialdemokratie für die Wahlen des nächsten Jahres vielleicht 100 Mandate und etwa 4 Millionen Stimmen. (Allgem. lebh. Beifall.)

In dieser Zeit großer Siege genießt es uns, der Veteranen unserer Bewegung zu gedenken, die heute nicht hier sind. In den dänischen Reihen sind nur unsere deutschen Genossen, sondern vor allem auch an unseren früheren Präsidenten Andreas Costa, der für immer von uns gegangen ist. Ich gedenke derjenigen, die wir sicher sehen werden, unseren lieben Genossen Singer, dessen ruhige Energie so oft Ordnung in unseren erregten Debatten geschaffen hat und der hoffentlich recht bald von seinem Leiden genesen wird. Vor allem drängt sich uns der Name des großen Abwesenden auf die Lippen, der Name eines Mannes, der durch lange Zeit seiner Dienste für das internationale Proletariat durch sein unvergleichliches Talent und durch die Leistungen, die er für die Sozialdemokratie vollbracht hat, heute die glänzendste Verlebung der internationalen Arbeiterbewegung ist: August Bebel. (Stürm. Beifall.)

Indem Sie Bebel's Namen Beifall zujubeln, jubeln Sie Beifall der reinsten Verkörperung unserer sozialistischen Ideale, der Willenskräfte des Arbeiters, der sich selbst emporzieht, und der schärfsten Verwirklichung des sozialistischen Intellektualismus, der den großen Schatz seines Wissens ganz in den Dienst der proletarischen Bewegung stellt, dem leidenschaftlichen Kämpfer für die Befreiung der Frau, dem typischen Ausdruck für das kämpfende und lebende Proletariat überhaupt, dem Mann, der zwei Jahre seines Lebens im Geländnis der Sache des Friedens und des Protestes gegen den verhassten Krieg vor 40 Jahren geopfert hat. (Erneuter, stürmischer Beifall.) Indem Sie dem Namen Bebel zujubeln, feiern Sie die internationale Arbeiterbewegung des sozialistischen Proletariats, in deren Namen ich den Kongress für eröffnet erkläre. (Stürm. anhaltender Beifall.)

Der internationale Sekretär Gaysmans machte eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen. Die Verteilung der eingelassenen Adressen und Telegramme wird in der Plenarsitzung am Mittwoch erfolgen. Zu Vorarbeiten des Kongresses hat das internationale sozialistische Bureau bestimmt den Dänen Klauen, den Schweden Brauning und den Norweger Jervøen. Für die Vorbereitung der Tagesordnung werden fünf Kommissionen gebildet. Die Tagesordnung selber lautet:

1. Die Beziehungen zwischen Genossenschaften und politischen Parteien.
2. Die Arbeitslosenfrage.
3. Schiedsgerichte und Arbeitslosen.
4. Die internationalen Ergebnisse der Arbeiterkollisionsbewegung.
5. Die Organisation einer internationalen Rundgebung gegen die Tabaksteuer.

6. Bericht über die lange Aufzählung der Delegierten der internationalen Kongresse.
 7. Die Organisation der internationalen Solidarität.
 8. Resolution über die gewerkschaftliche Einheitsfront in Österreich, über die Einigung in Frankreich, die Lage in Finnland und die Lage in Persien.
- Die Kommissionen werden eingesetzt:
1. für die Gewerkschaftsfrage.
 2. für die Gewerkschaftsfrage, für die Vermittlung der internationalen Solidarität und die Einigung der Gewerkschaftsbewegung in Österreich.
 3. für Antimilitarismus, Schiedsgerichte und schnelle Ausführung der internationalen Kongressbeschlüsse für den Frieden.
 4. für die Arbeiterkassenfrage, ihre Resultate in den einzelnen Ländern und die Frage der Arbeitslosigkeit.
 5. für die Resolutionen, die französische Resolution über die sozialistische Einheitsfront, die Resolution über die Todesstrafe, über Finnland, Persien, Argentinien usw.

Die interparlamentarische Kommission behält als selbständiger Körper ihre Tagesordnung bei. — Abgesetzt von der Tagesordnung ist die Resolution Großbritanniens über die Einwanderungsfrage, weil diese erst in Stuttgart eingehend erörtert worden ist. Weiter liegen dem Kongress alle von dem internationalen Bureau seit 1907 gefassten Resolutionen zur Verfügung vor. Zum Schluss macht Substantius Mitteilung über die Verteilung der Stimmen an die einzelnen Länder (Dänemark, Italien). Über Amerika wird erst das internationale Bureau entscheiden, dessen Sitzung heute ausfallen ist. — Widerspruch wird gegen diese Vorschläge nicht erhoben. Der Vorsitzende Sandberg erklärt sie für angenommen und schließt hierauf die erste Plenarsitzung des achten internationalen sozialistischen Kongresses ab.

Die prächtig verlaufene Eröffnungssitzung ließ nachhalligen Eindruck bei allen Teilnehmern zurück. Rindisch erscheint da der Versuch des offiziellen „W. T. S.“, die telegraphische Berichterstattung über den Kongress für die deutsche Presse zu unterbinden. Wie wir von wohlunterrichteter Seite erfahren, hat es das Bureau nicht, was dem „W. T. S.“ die dänischen Depeschen liefert, angewiesen, unter keinen Umständen über den Kongress telegraphisch zu berichten.

Der Tag fand seinen Abschluss in einer nachvollenen Kundgebung des organisierten Proletariats von Kopenhagen, einem riesigen Volksfest in dem Park Søndermarken. Über die Aiden auf diesem Fest, das am Sonntag Nachmittag zwischen 4 und 6 Uhr stattfand, werden wir noch berichten.

Zweite Internationale Sozialistische Frauentagung.

Kopenhagen, den 26. August 1910.

In dem mit den roten Bannern der parteigenössigen Organisationen Dänemarks reich geschmückten Saale des „Arbejders Samfundsbogning“, des Kopenhagener Volkshauses, war Freitag vormittag die zweite Internationale Sozialistische Frauentagung zu sammen, zu der Einladungen an die sozialistischen Partei- und Frauenorganisationen, sowie an alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterorganisationen ergangen sind. Auf der Tagesordnung der Konferenz stehen der Ausbau der Verbindungen zwischen den organisierten Genossinnen der einzelnen Länder, ferner Mittel und Wege zur Erwerbung des allgemeinen Frauenwahlrechts, und als weiterer Hauptpunkt die soziale Fürsorge für Mutter und Kind.

Die Konferenz ist bedeutend stärker besucht, als die erste Internationale Sozialistische Frauentagung, die bekanntlich in Stuttgart 1907 in Verbindung mit dem 7. Internationalen Sozialistenkongress stattfand. Vertreterinnen von 16 Nationen sind zur Stelle, Genossinnen aus Deutschland, Österreich, Ungarn, Polen, Finnland, aus der Schweiz, Holland, Ungarn, aus Norwegen, England und Nordamerika. Unvertreten sind Belgien und Frankreich. Die deutschen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen haben diesmal ausschließlich Genossinnen zur Frauentagung entsandt. Unter anderen sind erschienen die Genossinnen Clara Zetkin - Stuttgart, Frä. Dittke Waack - Berlin, Frau Louise Jeth - Berlin, Frau Gradnauer - Dresden. Genossin Rosa Luxemburg nimmt an der Frauentagung nicht teil, wohl aber am Kongress. Österreich ist durch Genossin Popp und England durch die Genossin Macdonald, die Gattin des Parlamentsmitgliedes, vertreten. Unter den fünf von Finnland entsandten Genossinnen befinden sich drei weibliche Landtagsabgeordnete und unter der dänischen Delegation die Genossin Stadtverordnete Krohne-Kopenhagen. Bekanntlich besitzt Kopenhagen auch einen sozialistischen Bürgermeister, der den internationalen Kongress zu einem Empfang auf das Rathaus geladen hat.

Nach herzlicher Begrüßung der Konferenz durch Genossin Mac-Kopenhagen im Namen der politisch organisierten Frauen Dänemarks übernahm Genossin Clara Zetkin als internationale Sekretärin und Einberuferin den Vorsitz und feierte in bezeichneter Ansprache die Fortschritte der internationalen sozialistischen Frauenbewegung in den letzten drei Jahren. Die Aufgabe der Frauentagung ist, die

sozialistischen Frauen aller Länder in einer geschlossenen Phalanx zu vereinen.

Gerade die Frauen sind hervorragend interessiert am Ausbau der sozialistischen Gesellschaft. Unser Zukunftsbild ist nicht nur das des befreiten Weibes, sondern das der gesamten höher entwickelten und befreiten Menschheit. (Stürmischer Beifall.)

Darauf erstatteten zunächst die Vertreterinnen der einzelnen Nationen eingehende Berichte über den Stand der Frauenbewegung in ihren Ländern. Genossin Zetkin beantragte zur finnländischen Frage eine Resolution, in der die Frauentagung ihren Absichten über das russische Verbrechen des russischen Jovinismus gegen die politische Freiheit Finnlands, des Landes mit dem demokratischsten Wahlrecht der ganzen Welt zum Ausdruck bringt. Die Frauentagung beglückwünscht die finnländische Arbeiterpartei dazu, daß sie im Nordwesten des Kampfes für das nationale Bestimmungsrecht und die politischen Rechte ihres Landes gegen die Kulte des Jovinismus steht.

Zur Begründung der Resolution führte Genossin Zetkin aus: Wenn dem Jovinismus die Vollenbung des geplanten Verbrechens gelingt, dann wird der Verlust der Selbstständigkeit Finnlands, eine Entrechtung des Volkes und eine Verflüchtigung der arbeitenden Massen die Folge sein. Darum begleiten wir mit der größten Begeisterung den Freiheitskampf, den das finnländische Volk unter Führung der Sozialdemokratie ausführt. (Stürmischer Beifall.) Die Resolution wurde unter stürmischen Beifallumgebungen einstimmig angenommen.

Genossin Tarstuen-Wiborg, Mitglied der finnischen Landtags, dankte namens der finnischen Delegation für diese wichtige Sympathieumgebung der berufenen Vertreterinnen der sozialistischen Frauenwelt, zugunsten des um seine Existenz ringenden finnländischen Volkes (erneuter stürmischer Beifall).

Darauf wurde über die Organisation der internationalen sozialistischen Frauentagung beraten. Ein holländischer Antrag auf Gründung eines internationalen Frauenorgans in Brüssel wurde zurückgezogen, nachdem Genossin Bies-Verlin unter Hinweis auf die mangelnden Mittel den Antrag als unausführbar bezeichnet hatte. Außerdem besäßen die Genossinnen bereits ein derartiges Organ in der „Einheitsfront“. Hierauf wandte man sich zur Beratung der Mittel und Wege zur Erwerbung des allgemeinen Frauenwahlrechts.

Kopenhagen, 27. August 1910.

Genossin Zetkin eröffnet die Sitzung. Vom Genossen Weibel ist ein aus Zürich datiertes Schreiben eingelaufen, in dem er behauptet, das unüberwindliche Hindernis es ihm unmöglich mache, am Internationalen Sozialistenkongress und damit auch

an der internationalen Frauentagung teilzunehmen. Weibel sagt er seinen Dank aus für die überreichen Ehrungen, die ihm seitens der leitenden Genossinnen in der internationalen Arbeiterinnenbewegung im Februar anlässlich seines 70. Geburtstages zuteil geworden sind. Mit besonderer Genugtuung begrüßt Weibel die

enormen Fortschritte der Frauenbewegung

die alle Kulturländer ergriffen hat. — Genossin Zetkin sprach im Anschluß hieran die Hoffnung aus, daß Weibel noch lange das Banner für die Befreiung des Menschengeschlechts und damit auch für die Befreiung der Frau hochhalten möge.

In der fortgesetzten Debatte über das Frauenwahlrecht

bedauerte Winig-Nordamerika, daß die englischen Sozialistinnen teilweise für das beschränkte Frauenwahlrecht eingetreten sind. Nach der Resolution des englischen Arbeiterpartei würden neun Zehntel der Frauen rechtlos bleiben und nur die politische Macht der bestehenden Klassen würde gestärkt werden. Beim letzten großen Bergarbeiterstreik in Nordamerika hätten die bürgerlichen Frauen im Wunde mit den Männern die Polizei und das Militär gegen das Volk losgelassen. Die amerikanischen Frauen können daher nur für das allgemeine Frauenwahlrecht eintreten.

Genossin Schweden: Wir können nur für das allgemeine und beschränkte Frauenwahlrecht kämpfen. In Schweden besteht jetzt die Gefahr, daß wir ein beschränktes Frauenwahlrecht bekommen. Die zweite Kammer hat es schon 1908 beschlossen und die erste Kammer wird es jetzt nach der Reform wahrscheinlich auch annehmen. Aber die Arbeiterpartei muß ein solches Gesetz entschieden bekämpfen. Wir wollen lieber warten, als ein schlechtes, gegen die proletarischen Interessen gerichtetes Frauenwahlrecht annehmen. Entweder das allgemeine, gleiche und unbeschränkte Frauenwahlrecht oder gar keins.

Martha Dahlstrom-Schweden spricht sich in derselben Weise aus. Wir in Schweden haben das kommunale Frauenwahlrecht und daher Einfluß auf die Zusammensetzung der ersten Kammer. Wir haben aber keinen Einfluß auf die Zusammensetzung der zweiten Kammer. Nach bei der Frage des Frauenwahlrechts darf nur das proletarische Gesamtinteresse entscheidend sein.

Genossin Schweden regt an, offiziell bei bürgerlichen Frauenstimmrechtskongressen 1911 aufzutreten, ob er für das allgemeine Frauenwahlrecht oder nur für die Hebung des Männerwahlrechts auf die Frauen eintreten will.

Zetkin-Stuttgart erwidert, daß der Weltbund für Frauenstimmrecht schon auf dem letzten Kongress in London sich nur für die Hebung des Männerwahlrechts auf die Frauen ausgesprochen habe. Wir müssen aber das

allgemeine und gleiche Wahlrecht für alle Frauen fordern. Die sozialistische Frauentagung würde sich daher etwas vergeben, wenn sie sich noch einmal an die bürgerlichen Frauen wenden wollte.

Ungarn beschwert sich über die ungenügende Unterstützung und sogar Bekämpfung der Frauenbewegung seitens der ungarischen Parteileitung und des Zentralorgans. Die holländische Affidentengruppe legt Verwahrung ein, daß ihre Mitglieder in die offizielle sozialdemokratische Frauenorganisation nicht aufgenommen würden.

Niederlande gibt die Erklärung ab, daß sie nur das Recht hätten, Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei aufzunehmen, sonst würden sie aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen werden.

Zetkin-Stuttgart erklärt, daß die Verwahrung der Holländer nur zu Protokoll genommen werden könne. Es sei eine innere Angelegenheit, die die holländischen Genossen in ihrer eigenen Gruppe austragen müssen. (Zustimmung.)

Louise Bies-Hamburg begründet sodann eine Resolution, die sich für das allgemeine Frauenwahlrecht ausspricht. Die deutschen Genossinnen seien nicht in der Lage, den Anträgen der englischen Genossinnen Rechnung zu tragen. Das beschränkte Frauenwahlrecht sei nicht eine Etappe auf dem Wege zum allgemeinen Wahlrecht, sondern das größte Hindernis dafür. Der Kampf für das Frauenwahlrecht müsse geführt werden. Die Klassengegensätze zerfallen heute die ganze Welt, deshalb muß auch das weibliche Proletariat seine Forderungen als Klassenforderungen vertreten und alle Kräfte für ihre Durchführung einsetzen. (Leb. Beifall.)

Duischer-London wendet sich gegen die Methode, absprechend über die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zu urteilen. Bei dem großen amerikanischen Arbeiterstreik, anstreik, einem der größten sozialen Kämpfe der Gegenwart, hätten die bürgerlichen Damen mit Leib und Seele für die ausgebeuteten Schwestern Partei ergriffen und auch selbst Opfer gebracht. Ueberhaupt stehe in Amerika ein Teil der bürgerlichen Frauen dem Sozialismus sehr sympathisch gegenüber. Warum solle man nicht mit ihnen gemeinsame Sache machen? Die Konferenz sollte jeden Antrag ablehnen, der absprechend über die Tätigkeit der bürgerlichen Frauen urteile (Beifall und Widerspruch).

Grundh-London ist der Meinung, daß, wer nicht für das geheime Wahlrecht ist, kein Sozialdemokrat sei. Die Lohnarbeiterinnen hätten kein Interesse an der Bewegung der bürgerlichen Frauen. (Zustimmung.)

Norwegen: Die norwegischen Frauen haben 1901 ein teilweises und 1910 das vollständige Frauenwahlrecht für die Gemeinden errungen. Trotzdem betrachten sie theoretisch es nur als ein eingeschränktes Wahlrecht und nicht als ein allgemeines Wahlrecht. Sie seien vorbehaltlich der besonderen Verhältnisse in Norwegen mit der deutschen Resolution einverstanden.

Beifall-London: Das Beispiel von Norwegen zeigt, daß in den verschiedenen Ländern verschiedene Methoden vorliegen. Es kann in einem einzelnen Fall sehr wohl ein beschränktes Wahlrecht ein allgemeines Wahlrecht sein. Wir sind hier nicht veranlaßt zum Kampf für das allgemeine Wahlrecht, sondern für die volle Frauenemancipation. Wir müssen mit der Betonung des Klassenstandpunktes aufhören und nicht immer von Bourgeoisfrauen sprechen. Auch die Frauen der Bourgeoisie sind nur Sklaven der Männer. In England hat die Bewegung für das beschränkte Frauenwahlrecht schlechte Aussichten. Wir widersprechen auf das Lebhafteste der deutschen Resolution. Bedenken Sie die Tragweite Ihres Beschlusses. Sie verweisen und beleidigen die Frauenrechtlerinnen anderer Länder, die mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zusammen das Frauenwahlrecht erkämpfen werden.

Herbert Burrows-London: Diejenigen, die das beschränkte Frauenwahlrecht vertreten, haben kein Recht, sich als Vertreterinnen der sozialistischen Frauen- oder der Gewerkschaften mehr aufzuspielen. Die Gewerkschaftskongresse haben seit Jahren jedes beschränkte Frauenwahlrecht unbedingt abgelehnt und das allgemeine Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts gefordert. Wollen wir angesichts des Proletariats der ganzen Welt die Fahne des allgemeinen Wahlrechts für beide Geschlechter erheben? (Leb. Beifall.)

Eine russische Vertreterin spricht sich ebenfalls für die Ablehnung des beschränkten Wahlrechts aus. Dies soll aber kein persönlicher Angriff gegen Andersdenkende sein.

Wob-Simon-Amerika: Wie kann man bei den herrschenden Gegenständen von Schmeicheleien sprechen? Zwischen Ausbeuter und Ausbeuteten gibt es keine Brüderlichkeit. Die sozialistischen Frauen müssen sich frei machen von der Bevormundung seitens der bürgerlichen Damen. (Beifall.)

Abelheid Popp-Wien. Wir Männern uns gar nicht um die bürgerliche Frauenbewegung, greifen sie aber auch nicht an. Wir kämpfen selbstverständlich nur im Rahmen der sozialistischen Partei. Etwas anderes ist es mit der Frage, ob wir uns festlegen sollen, niemals für ein beschränktes Frauenwahlrecht zu stimmen. Das hinge davon ab, ob es wirklich so schlecht ist, daß es die Arbeiterfrauen in keiner Weise befriedigen kann oder ob es für sie eine Waffe ist zur Eringung des gleichen Wahlrechts. Sicher ist, daß alle bürgerlichen Frauenrechtlerinnen sich in dem Augenblick von uns wenden werden, indem wir

unter Wagne zu streichen suchen. Das Endziel und die Einheit der proletarischen Bewegung müssen wir aber vor allen anderen stets im Auge behalten. (Lebhafter Beifall.)

Zetkin-Stuttgart regt die Abhaltung eines Frauentages in jedem Jahre und in jedem Lande an. — Gegen 10 Stimmen wird darauf die deutsche Resolution unter stürmischen Beifall angenommen mit einem Zusatzantrag Popp, auch das passive Wahlrecht und das Wahlrecht zu den einzelnen Landtagen in der Resolution zu erwähnen.

Einstimmig angenommen wird ferner eine Resolution von Zetkin-Stuttgart, die die Abhaltung eines allgemeinen Frauentages fordert.

Es folgte dann der nächste Punkt der Tagesordnung betreffend

„Mutter- und Kindesfrage.“

Hierzu lag eine Reihe Resolutionen der sozialistischen Frauen Deutschlands vor. Frau Sandker-Stuttgart begründete diese Resolutionen und wandte sich insbesondere gegen das Verbot der Frauenarbeit. Ein dänischer Antrag richtet sich gegen Nachtarbeit und gegen die Helmschleier. — Ueber die Anträge entspann sich eine ausgedehnte Debatte, worauf die deutschen Leitkräfte über den Schutz von Mutter und Kind angenommen wurden.

Die Frauentagung beschloß dann eine große Anzahl von Resolutionen: Zunächst eine Resolution für die Verbesserung der Witwen und Waisen, dann eine Resolution auf Fürsorge für die arbeitslosen Arbeiterinnen, dann eine Resolution auf Stärkung der Frauenorganisationen, denn eine Resolution gegen den Krieg und schließlich eine Resolution gegen die internationale Zerstörung der wichtigsten Lebensmittel.

Frau Zetkin wurde zur internationalen Sekretärin wiedergewählt. Vor der nächsten internationalen Frauentagung soll eine Zusammenkunft der Korrespondentinnen der einzelnen Länder stattfinden. Mit einem begeisterten Schlusswort der Genossin Zetkin schloß die zweite Internationale Frauentagung.

Partei-Angelegenheiten.

Die internationale Jugendbewegung. Anschließend an den internationalen sozialistischen Kongress wird in Kopenhagen die zweite internationale Jugendkongress in den nächsten Tagen durch das internationale Bureau der sozialistischen Jugendorganisationen durch Dr. Danneberg einen Bericht herausgeben lassen, der über die Entwicklung der Jugendbewegung aller Länder in den letzten drei Jahren informiert. Am eingehendsten werden die deutsche und die österreichische Jugendbewegung besprochen. Flugblätter, Statuten, Programmresolutionen aus den verschiedenen Ländern informieren über den Charakter der proletarischen Jugendbewegung aller Nationen. Wer sich für die neueste Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung interessiert, wird diesen Bericht, der auch gewisse nähere Ergänzungen zu dem vom internationalen Bureau in Brüssel herausgegebenen Bericht über die sozialistischen Parteien bildet, lesen müssen. Der Preis der 4 1/2 Wochen starken Broschüre beträgt 40 Pf. Bei Mehrabnahme kostet eine entsprechende Rabattierung ein. Bestellungen sind ausschließlich an die Wiener Volkshochschule, Wien VI, Gumpendorferstraße 18, zu richten.

Die Budgetfrage. Wie aus Kopenhagen Hirsch's Bureau meldet, soll die Budgetfrage dem internationalen Sozialistenkongress zur Beilegung des Streites vorgelegt werden. (?)

Die gefährliche Mai-Postkarte. Die „Vorwärts“-Buchhandlung gab zu diesjährigen Mai eine Postkarte heraus, auf der ein Proletarier mit wehenden Fahnen anmarschiert, an der Spitze ein mächtiger Wähe, der mit seinen Kränzen schon eine Reihe Wähe in die von Ausnahmegelegenheit, Belagerungsstand, Fabrikordnung, schwarzen Listen und Klaffengelegenheit gebildete Zwingmauer gerissen hat. — Bismarck, umgeben von einem Pfaffen und einem Vertreter des Kapitalismus suchen die Anmarschierenden aufzuhalten. Durch diese symbolische Darstellung soll sich Genosse Bruns, der Geschäftsführer der Buchhandlung, der Anreizung zu Gewalttätigkeiten schuldig gemacht haben und stand nun am Freitag vor der 1. Ferienkammer des Landgerichts Berlin I. Der Staatsanwalt beantragt mit Rücksicht auf die große Gefährlichkeit der Aufreizung zwei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof sprach jedoch nach längerer Beratung den Angeklagten frei, da er weder subjektiv noch objektiv eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten feststellen konnte und hob die Beschlagnahme der Postkarte auf.

Zu den Stadtratswahlen in Zürich. Die Sozialdemokraten stellen als Kandidaten für die Stadtratswahlen den Pfarrer Pfleger auf.

Von dem Gründer der argentinischen sozialistischen Partei, der seine Partei- und Lebensgeschichte auch auf dem internationalen Kongress vertritt, Dr. Juan B. Justo, gibt die Pariser „Humanité“ eine Lebensgeschichte. 1888 Arzt geworden machte er eine Studienreise nach Europa und gewann dort Interesse für soziale Probleme. Er wurde dann Professor der Chirurgie an der Universität Buenos-Aires, wo er die antipatriarchale Wundbehandlung einführt. 1893 trat er mit Arbeitern in Verbindung und gründete die erste sozialistische Gruppe in der Hauptstadt, 2 Jahre später die Zeitung La Vanguardia („Die Vorhut“), danach die sozialistische Bibliothek in Junin, Prov. Buenos-Aires, und ein Bau- und Kreditgenossenschaft, die er auf dem internationalen Genossenschaftskongress in Hamburg vertreten wird. Geschrieben hat er neben medizinischen Werken die Broschüren: Der Sozialismus. Die wissenschaftliche Methode und die argentinische Politik; Die Genossenschaft; Erwiderung an Enrico Ferri (1903); neuerdings auch den ersten Band von „Marx' Kapital“ in Spanischer Übersetzung. Justo, dessen in der „H.“ gegebenes Bild den Denker und den Mann von ruhiger Entschlossenheit kundgibt, ist der erste Vertreter des lateinamerikanischen Sozialismus auf einem internationalen Kongress.

Arbeiterbewegung.

Zur Werstarbeiterausperrung. Die Werstarbeiterbewegung zieht immer weitere Kreise. In Hamburg sind bei einigen Firmen, so in den Metallgießereien von Mülh und Rabba und Ziel in Altona, 420 Mann in den Streik getreten, um sich solidarisch mit den Werstarbeitern zu erklären. Ferner sind die Werstarbeiter der Wismar-Union und der Drais-Union dem Streik beigetreten.

Das Wolf-Bureau teilt mit, daß das Reichsamt bei Jannern bisher Einigungsversuche im Werstarbeiterstreik nicht angenommen habe.

Die Kinematographenangestellten organisieren sich. Das junge Gewerbe kinematographischer Aufstellungen beschäftigt heute in allen Großstädten und auf sämtlichen Messen, Sozialwissenschaftlichen Ausstellungen usw. schon ein Heer von Angestellten und Arbeitern. Diese reklamieren sich, wie es nicht anders sein kann, aus allen möglichen Gründen, wenn auch die technischen Gewerbe vielleicht vorsehen. Dieser Arbeiter stellt zur Zeit jeder organisatorische Schritt sich völlig den ihnen gemäßen Bedingungen unterworfen, ohne die Möglichkeit zu haben, durch gemeinsame Interessenvertretung bestimmte Existenzbedingungen zu formulieren. Deswegen ist es sehr zu begrüßen, daß jetzt der Deutsche Kinematographenverband die ersten Schritte unternommen hat, in diesem Gewerbe durch seine Macht Ordnung zu schaffen. Es ist dies um so mehr nötig, weil sich an einzelnen Orten schon unternehmerfremdliche Organisationen zu bilden begonnen haben. Es sei hier nur an München erinnert, wo die Arbeitgeber „friedlich“ mit „ihren“ Arbeitern gemeinsam beraten und stimmen über die Interessen der — Arbeiter.

Schuhmacherstreik in Warschau. Vor einigen Tagen brach in Warschau unter den Schuhmachern, die für die gesamten Gewerbetreibenden arbeiten, ein Streik aus. 10.000 Arbeiter traten am Morgen des 19. August zu gleicher Zeit in den Ausstand, in dem sie eine Reihe gleichlautender ökonomischer Forderungen aufstellten. Die Unmöglichkeit dieses Vorgehens ist um so bemerkenswerter, da die Streikenden in der ganzen Stadt getrennt und Arbeiter jeder Möglichkeit beraubt sind, den Streik auf irgendeine Weise zu organisieren.